33. Jahrgang | Nr. 126
03+04/2019 | A 59349 | € 8,50
Doppelausgabe

diesseits

Das humanistische Magazin

www.diesseits.de

»Antirassismus ist ein humanistischer Imperativ«
Die *Black Lives Matter*-Bewegung den USA

»Mich nicht zu engagieren, kam für mich nicht infrage«
Interview mit Rüdiger Nehberg

Frauenrechte in Indien
Aktivistin Keerthi Bollineni im Interview

Aktivismus

Humanismus, der sich einmischt

Inhalt

Schwerpunktthemen

10 HUMANISMUS INTERNATIONAL
»Antirassismus ist ein humanistischer Imperativ«
Von James Croft

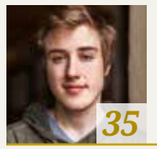
14 INTERVIEW
»Frauen in Notlagen brauchen kein Mitleid, sondern Mitgefühl«
Dr. Keerthi Bollineni im Interview

18 PORTRÄT
Human Mirrafati:
Wie ein Exil-Iraner ein säkulares Fest nach Brandenburg brachte
Von Jan-Christian Petersen

22 REDE ZUM AKTIONSTAG FÜR SEXUELLE SELBSTBESTIMMUNG
»Entscheidungen frei von Stigmatisierung, Zwang oder Diskriminierung«
Rede von Adriana Lamačková

26 INTERVIEW
»Mich nicht zu engagieren, kam für mich nicht infrage«
Rüdiger Nehberg im Interview

32 HUMANISMUS HISTORISCH
Ludwig Marum
Ein Leben für Recht und Republik
Von Michael Schmidt


35 INTERVIEW
Politischer Aktivismus:
»Setzt nicht nur Zeichen!«
Richard Scherzer im Interview

38 Rückblick:
Humanistentag 2019 in Hamburg
Von Lydia Skrabania

Weitere Themen

04 Editorial

05 Leserbrief

06 HVD AKTUELL
Neue Satzung und neuer Bundesvorstand für den HVD Bundesverband

07 HVD AKTUELL
Neue Verbandstrukturen in und für Hessen:
HuGH ist neuer Landesverband des HVD Bundesverbandes

08 HUMANISMUS INTERNATIONAL
Freedom of Thought Report 2019:
Wie steht es um die Rechte religionsfreier Menschen?

09 JUNGE HUMANIST*INNEN
Zwischen Umweltaktivismus und Vereinsarbeit:
Das Bundestreffen der Jungen Humanist*innen
Von Richard Scherzer

74 JUNGE HUMANIST*INNEN
Die Macht der Worte
Von Max Schmidt

Illustration Cover: Shutterstock 1240776388 Singleline; Foto Antirassismus: Paul Sableman (CC BY 2.0); Bollineni: Vasavya Mahila Mandali; Mirrafati: Initiative »Willkommen in Falkensee«; Lamačková: Sabrina Gröschke/Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung; Nehberg: TARGET e.V.; Marum: Privat (Andreé Fischer-Marum); Scherzer: Konstantin Börner;

44 HAD-Tagung:
Werte fallen nicht vom Himmel
Von Tina Bär und Ralf Schöppner

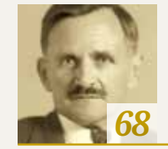
48 ZUR DEBATTE
Bald wieder Hilfe in Suizidkonflikt-Fällen möglich – im Rahmen humanistischer Seelsorge?
Von Gita Neumann

52 PORTRÄT
Humanistische Vorbilder:
Käthe aus Oldenburg
Von Lutz Renken

56 Kundgebung gegen Rechts:
»Es ist an uns, aufzustehen und laut zu werden«
Rede von David Driese

60 HABB-Fachtagung:
Erasmus – Humanist, nicht Nationalist
Von Ralf Schöppner

64 HUMANISMUS INTERNATIONAL
»Es ist Zeit für den Widerstand«
Kroatische Aktivistinnen im Kampf gegen die Einschränkung ihrer Rechte
Von Nada Peratovic


68 HUMANISMUS HISTORISCH
Michael Unterguggenberger:
Der Freidenker, der ein Wunder bewirkte
Von Michael Schmidt

72 ZUR DEBATTE
Humanismus:
Ringen um Positionen
Von Harro Kiendl

Humanistentag u. HAD-Tagung: Evelin Frerk; Hände: MaxPixel (CC0); Käthe: Fotost. Woeltje; Driese: Carsten Völtzke/Bund. f. ein weltoff. u. tol. Berlin; Erasmus: Gemälde v. Hans Holbein/Musée d. Louvre/The Yorck Project (Foto: Public Domain); Kroat. Aktivistinnen: Zorana Bebić; Unterguggenberger: Unterguggenberger Institut Wörgl

Impressum

Herausgeber (V.i.S.d.P.): Dr. Florian Zimmermann
im Auftrag des Humanistischen Verbandes Deutschlands – Bundesverband, florian.zimmermann@humanismus.de

Redaktion & Anzeigen: Lydia Skrabania, redaktion@diesseits.de

Layout: Alexander Paul, www.alex-grafik.de

Druck: Newprint blue GmbH, Berliner Str. 13–14, 10715 Berlin

Abonnent*innenservice: Jenny Gramatzki, abo@diesseits.de

Redaktionsanschrift: *diesseits* – Das humanistische Magazin, c/o HVD Bundesverband, Wallstr. 61, 10179 Berlin, Tel.: 030 613904-61, E-Mail: info@diesseits.de, Web: www.diesseits.de

Bildnachweise: Alle in *diesseits* verwendeten Bilder wurden im Einklang mit den Bestimmungen der jeweiligen Rechteinhaber verwendet. Sämtliche Rechte liegen bei den Urhebern.

Erscheinungsweise: *diesseits* erscheint viermal jährlich.

An dieser Ausgabe haben mitgewirkt: Tina Bär, James Croft, David Driese, Harro Kiendl, Adriana Lamačková, Gita Neumann, Nada Peratovic, Jan-Christian Petersen, Lutz Renken, Ines Scheibe, Sabine Schermele, Richard Scherzer, Max Schmidt, Michael Schmidt, Ralf Schöppner, Florian Zimmermann.
Beiträge von Gastautor*innen entsprechen nicht zwangsläufig der Meinung des Herausgebers. Die *diesseits*-Redaktion bemüht sich um geschlechtergerechte und inklusive Sprache. Auch unsere Gastautor*-innen sind angehalten, hierauf Rücksicht zu nehmen, die Redaktion nimmt jedoch keine diesbezüglichen Änderungen an Originaltexten vor.

Spendenkonto: HVD Bundesverband, Bank für Sozialwirtschaft, IBAN: DE41 1002 0500 0003 3271 01, BIC: BFSWDE33BER.

Bankverbindung für die Abonements: HVD Bundesverband, Bank für Sozialwirtschaft, IBAN: DE68 1002 0500 0003 3271 00, BIC: BFSWDE33BER.

Editorial

Liebe Humanist*innen,

die neue Doppelausgabe der *diesseits* ist ganz schön umfangreich geworden. Beim Titelthema Aktivismus überrascht das nicht. Es gibt eine Vielzahl unterschiedlicher Themen und Möglichkeiten, sich zu engagieren. Und liegt nicht in jedem sozialen Engagement etwas zutiefst Humanistisches? Egal, ob wir für sexuelle Selbstbestimmung oder Umweltschutz auf die Straße gehen, uns für benachteiligte Menschen oder Tierrechte stark machen, uns für bessere Lebensbedingungen in anderen Ländern oder in unserer eigenen Region einsetzen: Wir folgen der Hoffnung, gemeinsam eine bessere Welt schaffen zu können und verlassen uns nicht auf höhere Mächte oder das Schicksal als einfache Antwort auf komplexe Fragen.

»Humanismus im 21. Jahrhundert muss praktisch sein«, sagte Frieder Otto Wolf einmal, Philosoph und langjähriger Präsident des Humanistischen Verbandes Deutschlands. »Denn ein Humanismus, dem die Leiden von Menschen egal sind oder der sie gar aufgrund angeblich ›höherer Ziele‹ fordert oder auch nur in Kauf nimmt, kann kein wirklicher Humanismus sein.«

Auch deswegen motiviert es mich immer wieder, zu sehen, wieviel praktische Arbeit durch Humanist*innen geleistet wird. Reden und Positionspapiere allein bringen uns nicht weiter. Oder wie Erich Kästner gesagt hat: »Es gibt nichts Gutes. Außer man tut es.«

Dabei muss Aktivismus nicht immer eine große Bewegung oder eine langfristige Verpflichtung darstellen. Manchmal reicht es bereits, darauf zu achten, wie wir uns oder Menschen in unserer direkten Umgebung sich verhalten. Die eigenen Vorurteile und Handlungsweisen zu hinterfragen und zu verändern, den Mund aufzumachen gegen Stammtischparolen oder sich schützend einem Mitmenschen an die Seite zu stellen, kann bereits humanistisches Engagement sein. Und den größten Einfluss haben wir immer noch auf unser eigenes Handeln.

In diesem Sinne wünsche ich eine motivierende und inspirierende Lektüre der neuen *diesseits*.

Mit humanistischen Grüßen

Florian Zimmermann
Präsident des Humanistischen Verbandes Deutschlands – Bundesverband e.V.

Foto Zimmermann: Evelin Frerk

Leserbrief

Zur diesseits-*Ausgabe 125 »Mensch vs. Maschine? Unser Umgang mit neuen Technologien« sendete uns Horst-Dieter Körperich aus Duisburg folgende Zuschrift:*

Liebe Humanistinnen und Humanisten,
wenn sich die von Harro Kiendl und Stefan L. Sorgner aufgezeigte Entwicklung nicht vermeiden lässt, sollten wir konsequent sein und den HVD umbenennen in »Posthumanistischer Verband Deutschland«, jedenfalls wenn wir als Verband noch ein paar Jahre existieren wollen.

Sorgner kommt mir inhaltlich und auch optisch als neuer Messias vor, der die neue Religion des Digitalismus vehement vertritt. Er glaubt an die Fehlerhaftigkeit des Menschen, wie die Christen an die Erbsünde glauben. Die Algorithmen sind allwissend und dank Künstlicher Intelligenz auch allmächtig. Toll, die gängigen Religionen sind überwunden! Aber die neue Religion des Digitalismus ist m.E. viel einschneidender und möglicherweise schlimmer. Ängste habe ich deshalb schon wegen meiner siebzig Lebensjahre nicht, wohl aber Sorgen um die Zukunft. Ich fände es schön, wenn es noch ein paar Jahrhunderte Exemplare meiner Spezies gäbe.

Die Priester der neuen Religion des Digitalismus gehen für mein Gespür etwas zu leichtfertig mit den Errungenschaften der Aufklärung und den Menschenrechten um.

Entlarvend ist das von Kiendl aufgezeigte Bild von der »meerumspülten Insel«, die Stück für Stück durch das Meer abgetragen werde. Kiendl will uns zwar beruhigen, indem er behauptet, dass das Meer an der Rückseite der Insel Sand anspüle. Die Bewohner der Nordseeinseln wissen es besser als Kiendl. Sand der weggespült wird, kommt nicht automatisch in vergleichbarer Menge am anderen Ende der Insel wieder an. Ohne ausreichenden Küstenschutz würden die Inseln nach und nach wohl verschwinden.

Wie die Insel- und Küstenbewohner sollten wir ausreichenden Schutz fordern bzw. für diesen sorgen. So sehr uns der technische »Fortschritt« begeistern und auch nützen mag, hoffe ich, dass wir den Menschen mit seinen Freiheiten und Rechten noch möglichst lange erhalten können. Den technischen Fortschritt können wir dennoch mögen wie das Meer.

Da es ja keinen Gott gibt, müssen wir wohl selbst für ausreichenden Küstenschutz sorgen und die Errungenschaften der Aufklärung verteidigen.

Vielleicht müssen wir uns in den alten Religionen Verbündete suchen, denen die neue Religion auch nicht gefallen dürften. Daran müsste ich mich allerdings erst einmal gewöhnen.

Mit noch möglichen humanistischen Grüßen
Euer Horst-Dieter Körperich

Leser*innen, die ebenfalls Lob und/oder Kritik loswerden wollen, sind herzlich eingeladen, an redaktion@diesseits.de zu schreiben! Natürlich sind wir auch auf postalischem Wege erreichbar: *diesseits* – Das humanistische Magazin, Wallstr. 61–65, 10179 Berlin.

Neue Satzung und neuer Vorstand für den HVD Bundesverband

Der Bundesverband ist eine überparteiliche humanistische Weltanschauungsgemeinschaft in der Tradition der europäischen Aufklärung. Das Selbstverständnis seiner Mitgliedsorganisationen besteht in der Lebensauffassung eines weltlichen Humanismus.« [Auszug aus der Satzung]. Die neue Satzung des Humanistischen Verbandes Deutschlands – Bundesverband, die bei der außerordentlichen Bundesdelegiertenversammlung (BDV) am 13. April 2019 in Berlin verabschiedet wurde, wurde vom Amtsgericht bestätigt.

Neben einem kleineren Vorstand mit klaren Zuständigkeiten ist ein Delegiertenrat (DR) vorgesehen, der die Funktion einer Mitgliederversammlung wahrnimmt und aus gleichberechtigten Delegierten der Landesverbände besteht. Gestaffelt nach der Anzahl an ordentlichen Mitgliedern sind jetzt eine bis vier Stimmen für jeden der aktuell elf Landesverbände möglich, Bundes-JuHu entsendet automatisch drei Delegierte. Durch die Begrenzung auf maximal vier Stimmen je Landesverband wird verhindert, dass ein mitgliederstarker Landesverband allein ein Gros der Stimmen stellen kann, wie es nach der alten Satzung möglich war.

Weiterhin sind mit der neuen Satzung nun eindeutige Zuständigkeiten des Bundesverbandes festgehalten. So ist der Bundesverband z.B. allein für die internationale Zusammenarbeit und bundespolitische Themen zuständig, während sich die Landesverbände auf Themen und Angebote in ihren Bundesländern fokussieren. Natürlich können sich Landesverbände nach Absprache auch weiterhin über ihre Landesgrenzen hinaus gegenseitig unterstützen.

Der 1. Delegiertenrat des HVD Bundesverbandes kommt am 7. Dezember 2019 in Hannover zusammen. Auf der Tagesordnung steht u.a. die Wahl des neuen Bundesvorstands. In der Satzung heißt es hierzu: »Die Mitglieder des Bundesvorstands werden von dem DR mit einfacher Mehrheit gewählt. Der Bundesvorstand besteht aus fünf Personen: einer Sprecherin/einem Sprecher sowie vier gleichberechtigten Vorstandsmitgliedern. Jedes Mitglied des Bundesvorstands ist für eines der folgenden Arbeitsfelder zuständig: Finanzen, Öffentlichkeitsarbeit, Weltanschauung und gesellschaftspolitische Netzwerkarbeit sowie Jugend.«

Die vollständige Fassung der neuen Satzung des HVD Bundesverbandes ist online zu finden unter: humanistisch.de/x/hvd-bundesverband/inhalte/satzung

Sie wünschen sich auch mehr Solidarität und Selbstbestimmung und möchten dem Humanismus eine starke Stimme geben?

Dann unterstützen Sie unsere Arbeit durch Ihre Mitgliedschaft oder mit einer Spende!

HVD Humanistischer Verband Deutschlands

Bitte wenden Sie sich an den HVD-Landesverband in Ihrer Nähe, den Bundesverband JuHu oder an den HVD-Bundesverband.
E-Mail: hvd@humanismus.de,
Telefon: 030 613904-34

HuGH ist neuer Landesverband des HVD Bundesverbandes

Die Humanistische Gemeinschaft Hessen (HuGH), Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Sitz in der Landeshauptstadt Wiesbaden, ist ab sofort Mitglied im Humanistischen Verband Deutschlands und fungiert somit als neuer Landesverband innerhalb des Bundesverbandes. Mitte November hatte das HVD-Bundespräsidium dem Aufnahmeantrag mehrheitlich zugestimmt. Neben Hessen sind aktuell zehn weitere Landesverbände im 1993 in Berlin gegründeten Bundesverband organisiert.

Foto Saueressig: Privat

»Nach der freundschaftlichen Zusammenarbeit der letzten Jahre wächst nun zusammen, was zusammengehört. Die Humanistische Gemeinschaft Hessen teilt die Historie, Praxis und Weltanschauung vieler Landesverbände des HVD. Die HuGH ist aber nicht nur einfach einem Dachverband beigetreten: Als drittgrößter Landesverband wird sie den gemeinsamen Bundesverband maßgeblich mitgestalten können. Gemeinsam können wir viel erreichen und voneinander lernen. Ich freue mich auf die nächsten Jahre und heiße die Humanistische Gemeinschaft Hessen herzlich willkommen«, so Florian Zimmermann, Präsident des HVD Bundesverbands.

»Wir freuen uns sehr, von nun an die hessische Vertretung innerhalb des Bundesverbandes stellen zu dürfen und mit unserer über 150-jährigen Geschichte den HVD weiter zu stärken«, sagte Timo Saueressig (Foto), welcher der HuGH seit März 2019 als Präsident vorsteht. »Schon lange sind unter anderem Themen bzw. Aufgabenschwerpunkte wie die Ausrichtung von Jugendfeiern oder Humanistischer Lebenskunde-Unterricht für Schüler der 1. bis 13. Klasse – inklusive der Möglichkeit zur mündlichen Abiturprüfung – ein großer und wichtiger Bestandteil unserer Arbeit. Durch die nun weitere und zu intensivierende Zusammenarbeit und den Austausch mit den anderen Landesverbänden sowie natürlich dem Bundesverband selbst, versprechen wir uns neue Synergien und den Austausch von Wissen und Erfahrungen, um sich in diesen und vielen weiteren Bereichen weiter zu spezialisieren und zu verbessern«, so Saueressig weiter.

Neue Verbandsstrukturen in und für Hessen

Vorausgegangen war dem Beitritt zum Bundesverband die vorherige Eingliederung des HVD Hessen e.V., welcher bis dato die hessische Vertretung im Bundesverband war. Der erst im Jahr 2011 gegründete Verein hatte den Status des e.V. im Oktober 2019 abgelegt und sich als neue Ortsgemeinschaft »HVD Gießen/Frankfurt« der Humanistischen Gemeinschaft Hessen K.d.ö.R. angeschlossen. Die Mitglieder beider Verbände stimmten jeweils mit überwältigender Mehrheit für den Zusammenschluss. Die organisatorische Zusammenführung unterstreicht die bereits zuvor gelebte inhaltliche und praktische Zusammenarbeit. Die HuGH gliedert sich somit nun in insgesamt sieben lokale Ortsgemeinschaften und vier Kontaktpunkte.

Mehr Informationen zur HuGH unter www.humanisten-hessen.de

Freedom of Thought Report 2019: **Wie steht es um die Rechte religionsfreier Menschen?**

Der zum achten Mal von Humanists International (vormals: IHEU) veröffentlichte »Freedom of Thought Report« untersucht, wie nichtreligiöse Menschen, Humanist*innen und Atheist*innen weltweit bezüglich ihrer Menschenrechte, der Freiheit des Denkens und der Meinungsäußerung behandelt werden.

Der diesjährige Bericht hebt zwar positiv hervor, dass während der vergangenen fünf Jahre in acht Ländern die »Blasphemiegesetze« abgeschafft worden sind. Zugleich betont der Report, dass noch immer in 69 Ländern weltweit entsprechende Gesetze vorhanden sind und in den letzten Jahren sogar mehrere Staaten aktiv neue Gesetze eingeführt oder bestehende »Blasphemiegesetze« verschärft haben. Der Bericht nennt hier u.a. Pakistan, Saudi-Arabien, Brunei, Mauretanien, Indien und Indonesien.

Der Präsident von Humanists International, Andrew Copson, kommentierte, dass Blasphemie- und Apostasiegesetze nicht nur an sich eine Ungerechtigkeit seien, sondern zudem denen, die in ihrem Namen Morde und Terrorakte begehen, eine falsche Legitimität verliehen: »Wie in unserem Bericht festgestellt wird, verschärft die Verfolgung durch die Regierungen nach diesen Gesetzen nur die Probleme des religiösen Extremismus. Die Aufhebung dieser Gesetze gemäß den Verpflichtungen aus dem Menschenrechtsabkommen, das nahezu alle Länder unterzeichnet haben, muss eine Priorität sein.«

Im Bericht von Humanists International heißt es zur Lage in Deutschland: »Obwohl das Grundgesetz die staatliche Neutralität gegenüber religiösen Institutionen gewährleisten soll, sind christliche religiöse Institutionen in Wirklichkeit im sozialen und politischen Bereich privilegiert. Die Situation hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten durch die Einbeziehung und Beteiligung anderer Religionsgemeinschaften, vor allem der islamischen Minderheit, leicht verändert, aber es gab keine bahnbrechenden Entwicklungen.«

Im Report werden Fälle von systematischer Diskriminierung in Deutschland u.a. aufgrund von religiöser Identität, Zugehörigkeit, Überzeugung oder Praxis berichtet. Auch seien kirchliche Einrichtungen in Deutschland vor allem im Gesundheitswesen stark vertreten, so dass sie Quasi-Monopole im medizinischen Dienst aufbauen konnten. Hierdurch würden insbesondere Frauen in Form von Einschränkungen ihres Rechts auf sexuelle Selbstbestimmung diskriminiert, da sie z.B. keinen Zugang zu Dienstleistungen zur Beendigung von Schwangerschaften in katholisch geführten Institutionen haben. Dies gelte auch für Notfälle und Vergewaltigungsopfer.

Und auch in Deutschland gibt es einen »Gotteslästerungsparagraphen«. Im § 166 StGB ist die »Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen« als Straftatbestand geregelt, der mit einer Freiheitsstrafe geahndet werden kann. Der »Freedom of Thought Report« kritisiert, dass § 166 »potenziell sehr weit gefasst« sei, wodurch das Gesetz dazu genutzt werden könne, lediglich kritische oder lächerlich machende Sprechakte zu unterdrücken.

Nicht zuletzt wird im Bericht auch die mangelnde Repräsentation von religionsfreien Menschen, Humanist*innen oder Atheist*innen kritisiert. So wären Vertreter*innen der offiziellen Kirchen z.B. stets bei öffentlichen Gedenkveranstaltungen präsent, nicht aber Vertreter*innen konfessionsfreier Menschen – und dies, obwohl ein Drittel der deutschen Bevölkerung keiner Religionsgemeinschaft angehört.

Der vollständige Freedom of Thought Report 2019 kann (in englischer Sprache) online heruntergeladen werden unter: fot.humanists.international

Fotos JuHus: Nele Kannies

Zwischen Umweltaktivismus und Vereinsarbeit **Das Bundestreffen der Jungen Humanist*innen**

Von Richard Scherzer

Ganz im Zeichen des aktuellen *diesseits*-Themas beschäftigten sich auch die JuHus auf ihrem Bundestreffen mit dem Thema Aktivismus. Dafür hätte das Treffen gar nicht passender liegen können: Parallel zum globalem Klimastreik sowie den Gegenprotesten zum »Marsch für das Leben« trafen sich am Wochenende vom 20. bis 22. September 2019 etwa fünfzig JuHu-Mitglieder im niedersächsischen Barsinghausen zum alljährlichen Bundes-JuHu-Treffen und berieten, wie sie sich als Individuen, aber auch als Verband positionieren und für ihre Ziele aktiv werden können.

In einem Workshop zu Umwelt- und Klimaschutz wurden die Problematiken unseres eigenen Konsumverhaltens thematisiert sowie aufgezeigt, was mensch nun tun kann, um sich klimafreundlicher zu verhalten. Dabei wurde der Fokus vor allem auf die Themenbereiche »Mobilität« und »Ernährung« gelegt.

Wer sich darüber hinaus gegen den Klimawandel oder andere soziale Probleme engagieren möchte, konnte sich in einem Aktionstraining weiterbilden. Neben einer kleinen Einführung in das Versammlungsrecht sowie persönliche Rechte gegenüber der Polizei wurde hier vor allem über Möglichkeiten gesprochen, wie mensch sich innerhalb unübersichtlicher Menschenmassen organisieren kann, selbst wenn man vom Handynetz einmal im Stich gelassen werden sollte, und was mensch auf eine Demonstration unbedingt mitnehmen sollte.

Neben weiteren spannenden Workshops gab es natürlich auch viel Zeit, um gemeinsam zusammen zu sitzen, sich auszutauschen und Kontakte zu knüpfen. Nicht zuletzt fand die alljährliche Bundesversammlung statt. Hier wurde die Unterstützung der Ziele der »Fridays for Future«-Bewegung beschlossen. Ein weiterer Beschluss von JuHu Bund ist die Solidarisierung mit den Gegendemonstrant*innen des »Marsches für das Leben«. Des Weiteren wurden mit Nele Höhlein und Mira Illy von den JuHus Nürnberg zwei kommissarische Beisitzer*innen in den BuJuHu-Vorstand gewählt, um zwei Vorstandsmitglieder zu vertreten, die ihr Amt in den nächsten Monaten nicht mehr vollumfänglich ausüben können.

Wir danken den Gastgeber*innen aus Hannover ganz herzlich für die Organisation des Treffens sowie die hervorragende Bewirtung und freuen uns schon auf das Treffen im nächsten Jahr, das voraussichtlich in Berlin stattfinden wird.

BLACK LIVES MATTER

»Antirassismus ist ein humanistischer Imperativ«

Von James Croft

Im Juni 2014 zog ich nach St. Louis, Missouri – eine geschichtsträchtige Stadt im Mittleren Westen der USA, die sich jedoch einigen Herausforderungen gegenübersieht. Ich kam hierher, um als humanistischer Gemeindeleiter für die *Ethical Society of St. Louis* zu arbeiten, eine große humanistische Gemeinde. Nur zwei Monate später wurde Mike Brown, ein unbewaffneter afroamerikanischer Teenager, von Darren Wilson, einem weißen Polizisten, erschossen und getötet – und die Stadt explodierte geradezu vor Aktivismus. Unsere Gemeinde teilt die zentrale humanistische Überzeugung, dass alle Menschen in Würde und Wert gleich sind. Daher wäre es für mich, als Vertreter meiner Gemeinschaft und des Humanismus im Allgemeinen, nicht mit unseren Werten vereinbar gewesen, mich den Protesten nicht anzuschließen.

So begann meine mehr als fünfjährige Zusammenarbeit mit Antirassismus-Aktivist*innen in St. Louis – eine Arbeit, die meine Einstellungen gegenüber Rasse und Rassismus infrage stellten und meinen Humanismus in eine radikalere Richtung lenkte. In diesen fünf Jahren habe ich mit lokalen Vertreter*innen anderer religiöser Traditionen zusammengearbeitet, um Straßen zu blockieren, Kundgebungen abzuhalten, Märsche zu organisieren und kreative Proteste zu gestalten. Wir haben bei Baseballspielen, bei Konzerten, bei Theateraufführungen, bei politischen Konferenzen und bei Rathausversammlungen protestiert. Ich habe auch die Ressourcen meiner Gemeinde mobilisiert, um Bildungsprogramme über Rasse und Rassismus anbieten zu können, Diskussionsrunden zu veranstalten, die sich damit beschäftigen, wie es ist, in Amerika schwarz zu sein, und Raum für schwarze Aktivist*innen zu geben, die diesen benötigen.

Unser Ziel ist es, die Strukturen des Rassismus zu demontieren, durch die *People of Color* erniedrigt werden. Gleichzeitig helfen wir den Weißen, sich ihrer Verantwortung zur Überwindung von Rassismus bewusst zu werden. Wir hoffen, auf diese Weise eine breite antirassistische Bewegung aufbauen zu können, um die Ungerechtigkeiten zu beenden, durch die *People of Color* drangsaliert werden.

Einige Humanist*innen haben die Sorge, dass die Verwendung des Ausdrucks »Black Lives Matter« und der Schwerpunkt auf Rassengerechtigkeit den universellen Fokus des Humanismus schwächen könnte. Nach dieser Denkweise hätten Humanist*innen die Pflicht, ausschließlich über die Menschheit als Ganzes zu sprechen und die Menschen nicht in unterschiedliche Gruppen mit ihren jeweiligen Bedürfnissen und Anliegen einzuteilen. Diese Sichtweise ist jedoch falsch, denn die Gesellschaft teilt Menschen bereits in verschiedene Rassengruppen ein: Rassismus existiert, ob wir wollen oder nicht. Und wir können ihn nicht ausrotten, indem wir ihn ignorieren. Die farbenblinde Perspektive – »Ich sehe keine Rasse!« – vernachlässigt schlichtweg die Realität des Rassismus und ist eine Form des Leugnens (die fast einer Religion gleichkommt). Nur wenn wir den Rassismus, der in der Gesellschaft existiert, anerkennen und uns ihm direkt stellen, können wir die humanistische Vision einer Welt verwirklichen, in der die Würde aller respektiert wird. So zu tun, als ob es keinen Rassismus gäbe, wird den institutionellen Rassismus bei der Polizei, in der Strafjustiz oder in der Kultur insgesamt nicht bekämpfen. Ebenso wenig würde es helfen, so zu tun, als ob es keinen Sexismus gäbe: Indem man es ignoriert, wird das Problem nur weiter fortgeschrieben.

Antirassistischer Aktivismus ist für mich Humanismus in der Praxis: Dieser strebt danach, eine Welt zu schaffen, in der die Würde eines jeden Menschen anerkannt wird. Humanistische Werte haben nur dann Bedeutung, wenn sie umgesetzt werden; wenn sie bestimmen, wie wir entscheiden und wie wir unser Leben gestalten. Und der zentrale humanistische Wert ist die Überzeugung von der Würde aller Menschen.

Der Kampf für Rassengerechtigkeit, an der Seite von Menschen vieler verschiedener Glaubensrichtungen – oder aber frei von Glauben –, ist eine Inspiration beim Kampf um die Würde des Menschen. Wenn wir Humanist*innen wirklich meinen, was wir sagen – wenn alle Menschen das Recht auf ein freies und gleichberechtigtes Leben haben –, dann müssen wir zusammenarbeiten, um die Geißel des Rassismus zu beenden. Seit Jahrhunderten wurde mit weniger Respekt und weniger Anerkennung ihrer Würde auf *People of Color* geblickt als auf Weiße. Mit antirassistischem Aktivismus können wir das korrigieren. In den Straßen von Ferguson habe ich einen Text von Assata Shakur gelernt, den wir Demonstrierende oft gemeinsam skandierten:

»Es ist unsere Pflicht, für unsere Freiheit zu kämpfen. Es ist unsere Pflicht, zu gewinnen.«

»Wir müssen uns gegenseitig lieben und unterstützen.«

»Wir haben nichts zu verlieren, außer unseren Ketten.«

Wenn wir Humanist*innen für Rassengerechtigkeit kämpfen, kämpfen wir für die Freiheit aller Menschen. Wir kämpfen dafür, die Menschen von den Ketten des Rassismus zu befreien, die ihre Lebensperspektiven einschränken und sie weniger frei machen. Aber wir kämpfen auch für die Befreiung der Weißen: für die Befreiung von dem von uns selbst geschaffenen rassistischen System, das auch unsere eigene Menschlichkeit schwächt.

Dieser Artikel wurde von Lydia Skrabania aus dem Englischen ins Deutsche übersetzt.

Dr. James Croft ist Feierredner und Gemeindeleiter der *Ethical Society of St. Louis*, einer der weltweit größten humanistischen Gemeinden. Er ist Absolvent der Universitäten Cambridge und Harvard, gefragter öffentlicher Redner, engagierter Pädagoge und leidenschaftlicher Menschenrechtsaktivist. Er lebt mit seinem Ehemann Kolten in St. Louis.

Foto Croft: Privat; Foto Demo: Paul Salzman (CC BY 2.0)

HUMANISMUS INTERNATIONAL

»Frauen in Notlagen brauchen kein Mitleid, sondern Mitgefühl«

Dr. Keerthi Bollineni im Interview mit Lydia Skrabania

Foto Bollineni: Vasavya Mahila Mandali

Dr. Keerthi Bollineni ist die Präsidentin von *Vasavya Mahila Mandali* (VMM), einer gemeinnützigen säkularen Frauenorganisation im indischen Bundesstaat Andhra Pradesh. Für eine Konferenz zum Thema der nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen reiste sie im Sommer 2019 zunächst nach Bonn und später auch nach Berlin, um dort in Austausch mit säkulären und Frauenrechtsorganisationen zu treten. In diesem Rahmen besuchte sie auch den Humanistischen Verband Berlin-Brandenburg. Die *diesseits*-Redaktion nutzte die Chance, mit Keerthi Bollineni über Frauenrechte in Indien, die Ziele ihrer Organisation und ihren persönlichen Hintergrund zu sprechen.

Ihre Organisation Vasavya Mahila Mandali feiert in diesem Jahr ihr 50-jähriges Jubiläum. In welchen Bereichen ist VMM aktiv?

Wir haben Programme für Frauen in insgesamt fünf Bereichen: Gesundheit und Ernährung, Qualifizierung und Existenzgrundlagen, Bildung, Menschenrechte und Umweltschutz. Wir beraten Frauen in Notlagen oder in Situationen der Veränderung, zum Beispiel bei einer Scheidung oder Verwitwung. Letztlich bieten wir Zuflucht und Unterstützung für alle Frauen, in jedem Alter und jeder Lebenslage – und auch für auch deren Kinder. Das Wichtigste ist, dass die Frauen wissen, dass sie ein Sicherheitsnetz haben, dass sie nicht auf sich allein gestellt sind. Sie brauchen kein Mitleid, sondern Mitgefühl. Wir behandeln sie mit Respekt, stärken ihr Selbstbewusstsein und ermächtigen sie, für sich selbst zu sorgen.

Wie sehen diese Programme zur Stärkung von Frauen aus?

In einem der Programme geht es vor allem darum, miteinander zu sprechen. Wichtig ist es, Frauen darin zu bestärken, selbst ihre Stimme zu erheben. Viele Frauen werden mit Gewalt konfrontiert, in ihrer Ehe, in ihrer Familie. Unser Leitspruch ist: »No silence for violence« (»Kein Schweigen zu Gewalt«). Es geht darum, den Frauen das Selbstbewusstsein dafür zu geben, ihr Schweigen zu brechen. Andernfalls werden sie noch viel größere Qualen erleben.

Ich weiß das aus eigener Erfahrung. Ich wurde im Alter von 28 Witwe, mit 36 habe ich wieder geheiratet – und in den folgenden Jahren sehr viel Gewalt erfahren. Erst nach sieben Jahren habe ich mein Schweigen darüber gebrochen. Aber warum hatte ich – als Pädagogin und Aktivistin – geschwiegen, hatte so lange Geduld und Toleranz für das Verhalten meines Ehemannes?

Was war denn der Grund dafür?

Es gibt in Indien kein unterstützendes System für Frauen, die solcher Gewalt ausgesetzt sind. Die Familie oder die Nachbarschaft sind keine Unterstützung, sondern sie raten den Betroffenen oft, dass diese sich fügen sollen: »Du wirst dich schon daran anpassen.« Wir versuchen ein System zu etablieren, das Frauen genau diese Unterstützung bietet.

Sie gehen sehr offen damit um, dass Sie selbst häusliche Gewalt erlebt haben.

Ich bin eine starke Person, trotzdem hat es viel Kraft gekostet, mich als Frau zu outen, die in ihrer Ehe Gewalt erfahren hat. Letztlich haben mich die vielen Frauen, die mir – stets in heimlicher Art und mit gesenkter Stimme – von ihren Problemen berichteten, dazu gebracht, offen zu sprechen. Diese Frauen glauben oft, dass sie allein mit ihrem Problem dastehen und dass jemand wie ich nicht wissen und verstehen kann, wie es ihnen geht. Wenn ich ihnen jedoch von meiner eigenen Scham, der erlebten Gewalt und dem Missbrauch erzähle, hilft ihnen das auf eine Art, Zuversicht zu schöpfen, dass sie ebenfalls wieder auf die Beine kommen können. Unsere Initiative »Mahila Mitra« unterstützt sie dabei.

Was bedeutet der Name »Mahila Mitra« und worum geht es bei der Initiative?

»Mahila« bedeutet »Frau«, »Mitra« bedeutet »Freund«. Mahila Mitra ist eine Initiative, die ein Bewusstsein dafür schafft, dass Missbrauch und Gewalt nicht normal sind – und nicht normal sein dürfen. Wir arbeiten seit Januar 2017 mit der Polizei der Stadt Vijayawada, Frauen und Männern aus

> »Wichtig ist, dass wir auch Männer überzeugen, dass Gewalt gegenüber Frauen falsch ist. Es ist nicht allein an den Frauen, hierfür zu kämpfen.«

Dr. Keerthi Bollineni

Dr. Keerthi Bollineni (63) stammt aus Vijayawada, Indien. Sie promovierte an der indischen Andhra University in Sozialer Arbeit und hat ein Diplom in Sozialentwicklungsstudien der kanadischen StFX University. Sie ist eine Enkelin von Gora, der das Atheistische Zentrum in Indien gründete.

Foto Gruppe: Vasavya Mahila Mandali

der Gemeinde sowie Bildungseinrichtungen zusammen, um gegen geschlechterbasierte Gewalt vorzugehen.

Wie genau sieht diese Zusammenarbeit aus?

Zum Beispiel wird die Polizei von uns in Gender-Sensibilität geschult. Das ist sehr wichtig, denn wenn die Mitarbeitenden der Polizei nicht geschlechtersensibel arbeiten, dann werden sich Frauen in Not nicht an sie wenden. Wir haben das große Glück, dass der Polizeipräsident, der eng mit uns zusammenarbeitet, überzeugt ist, dass die Aufgabe der Polizei nicht nur darin besteht, Verbrechen aufzuklären, sondern auch Prävention zu betreiben. Das ist essenziell, denn in Indien gibt es ein enormes Problem bezüglich sexueller Gewalt und Belästigung gegenüber Frauen, vor allem junge Männer werden zu Tätern. Wenn nun die Polizei junge Männer, oft Jugendliche, auf den Straßen aufgreift, die Frauen belästigen, dann werden diese zu unserer Organisation gebracht. Unser Gedanke dahinter ist, sie nicht zu bestrafen, sondern sie vielmehr zu reformieren, zu transformieren.

»Das Wichtigste ist, dass die Frauen wissen, dass sie ein Sicherheitsnetz haben, dass sie nicht auf sich allein gestellt sind.«

Und wie kann so eine Transformation gelingen?

Wir sprechen mit den jungen Männern, in Einzelberatungen und in der Gruppe, vermitteln ihnen Werte, fragen danach, was zu ihrem Verhalten geführt hat. Wir sprechen aber auch mit ihnen über ihre eigenen Ziele im Leben und wie sie diese erreichen können. Wir sind sehr erfolgreich damit: Seit dem Start der Initiative gab es etwa 4.000 solcher Beratungen – und keine Wiederholungstäter.

Aber wir denken noch weiter. Wir wollen diese jungen Menschen selbst zu »Veränderern« machen – zu Multiplikatoren für den gesellschaftlichen Wandel. Wichtig ist, dass wir auch Männer überzeugen, dass Gewalt gegenüber Frauen falsch ist. Es ist nicht allein an den Frauen, hierfür zu kämpfen. Wir müssen die Jungen und Männer dabei einschließen. Deswegen ist auch ein relevanter Prozentsatz innerhalb der Initiative männlich. Frauenrechte sind Menschenrechte, das ist ganz essenziell.

Die indische Gesellschaft scheint jedoch vor allem vor allem in Bezug auf Frauenrechte stark in der Vergangenheit verhaftet.

Ja, bis vor 20 oder 30 Jahren war es so, dass Frauen Männern in wirtschaftlicher Hinsicht oder in Bezug auf Bildung stets nachstanden. Männer waren sozusagen »von jeher« überlegen. Nun jedoch bewegen sich Frauen immer weiter nach oben, sie kommen auf Augenhöhe mit den Männern. Diese sind allerdings nicht in der Lage, das zu akzeptieren. In der Denkweise der Männer – und auch in der einiger Frauen – herrscht noch immer das Patriarchat. Es gelingt uns gesellschaftlich nicht, ein Bewusstsein und eine Politik zu entwickeln, die diesen Veränderungen gerecht werden und einen Wandel herbeiführen hinsichtlich der festgefahrenen Einstellungen und Denkweisen des Patriarchats. Und das führt zum Konflikt.

Was braucht es, um diesen Konflikt zu lösen?

Wir müssen Möglichkeiten schaffen, um Frauen zu ermächtigen – wirtschaftlich, sozial und politisch. Aber, und das ist sehr wichtig: Wenn wir von der Ermächtigung von Frauen sprechen, müssen wir immer auch die Jungen und Männer mit einbeziehen. ●

Dieses Interview wurde auf Englisch geführt und anschließend ins Deutsche übersetzt.

Vasavya Mahila Mandali

Vasavya Mahila Mandali (VMM) wurde 1969 als säkulare Not-for-Profit-Organisation gegründet und ist mit seinen Programmen in den ländlichen und urbanen Gebieten Andhra Pradeshs aktiv. Die Organisation fördert Frauen, Kinder und Familien in schwierigen Situationen und befähigt sie zur Selbsthilfe. Die Vision von VMM ist der Aufbau einer nachhaltigeren Zivilgesellschaft in Indien. Website: vasavya.org

Human Mirrafati
Wie ein Exil-Iraner ein säkulares Fest nach Brandenburg brachte

Von Jan-Christian Petersen

Human Mirrafati (*1962) ist Exil-Iraner. Weil ihm als Atheist in seinem Geburtsland die Hinrichtung drohte, floh er vor 27 Jahren nach Berlin. Seit 2017 veranstaltet er im Berliner Umland mit Geflüchteten und Einheimischen das persische Neujahrsfest Nouruz – eine 3.000 Jahre alte Feier, die exemplarisch ist für die völkerverbindende Kraft einer weltlichen Kulturtradition.

Religion ist eine Beleidigung der Menschenwürde. Mit oder ohne sie gäbe es gute Menschen, die Gutes tun, und böse Menschen, die Böses tun. Damit aber gute Menschen Böses tun, dazu bedarf es der Religion.« Diese Aussage stammt von dem Astrophysiker und Nobelpreisträger Steven Weinberg. Human Mirrafati zitiert ihn in seinem Buch »Verlorene Sterne«, in dem er unter Pseudonym auch die Geschichte seiner Flucht schildert. Diese Geschichte beginnt mit den politischen Ereignissen im Februar 1979. Damals hatte Ajatollah Khomeini im Iran die *Islamische Revolution* ausgerufen – eine gegenaufklärerische Bewegung, die als Emanzipation von der herrschenden Schah-Monarchie angepriesen wurde. Als Khomeini am 1. April die *Islamische Republik Iran* ausrief, zog dies vor allem jedoch die Abschaffung von Bürger- und Frauenrechten nach sich. Die Mitglieder der Schah-Regierung wurden hingerichtet. Statt eines Monarchen herrschte nun die islamische Geistlichkeit mit Khomeini als charismatisch-religiösem Führer. Es galt das Gesetz der Scharia und die Eroberung aller nicht-muslimischen Länder im Namen des Dschihad.

Im Streit um Öl und Grenzverläufe versuchte Khomeini, seine *Islamische Revolution* auch in den Irak zu tragen. Er forderte die im Irak lebenden Anhänger des schiitischen Islam dazu auf, sich gegen die dortigen Sunniten zu erheben. Der Irak unter Saddam Hussein (ein Sunnit) antwortete im September 1980 mit Luftschlägen und mit einem Truppeneinmarsch in den Iran. Der erste Golfkrieg begann. Zwar waren die Iraker waffentechnisch überlegen; sie rechneten mit einem schnellen Sieg, doch der islamisierte Iran schickte zehntausende Jugendliche ins Feld. Sie stammten meist aus bildungsfernen und armen Familien, was es dem religiösen Regime leicht machte, die Kinder zu indoktrinieren. Den Acht- bis Zehntklässlern wurden kleine Spielzeugschlüssel aus Plastik umgehängt, die man zu Hunderttausenden aus Taiwan importierte. Man sagte den Jungen, dass sich damit das Tor zum Paradies öffnen ließe. Derart im Glauben gerüstet, liefen sie dann als menschliche Wellen vor den iranischen Truppen in die Schlacht. Die Schuljungen fingen Geschosse mit ihren Leibern ab. Hauptsächlich sollten sie aber mit ihren Körpern Landminen zum Explodieren bringen. Dabei trugen sie Stirnbänder mit der Aufschrift »Allahu Akbar« – Gott ist am größten.

Auch aufgrund dieser Kriegsstrategie drängte der Iran die irakischen Angreifer immer weiter zurück. 1982 stellte sich aufgrund der Erfolge im Iran eine regelrechte Kriegsbegeisterung ein. Im Zuge dessen meldete sich auch der 21-jährige Mirrafati, der damals noch Asgar mit Vornamen hieß, zur Reservearmee. Weil er eine höhere Schulbildung genoss, stand er außerhalb jener Zielgruppe, die für den Märtyrertod infrage kam. Jungen, die das Gymnasium besuchten, blieben überhaupt bis zu ihrem Abitur von der zweijährigen Grundwehrpflicht befreit, die im aktuellen Kriegszustand noch um sechs Monate an der Front verlängert war.

Human Mirrafati wurde in seinem Heimatland Iran wegen »Abkehr vom Glauben« verfolgt. 1992 floh er nach Deutschland.

Foto Nouruz: Initiative »Willkommen in Falkensee«, Foto Mirrafati: privat

Vor dem unmittelbaren Abmarsch in die Kampfzone sorgten die Schrecken des Krieges jedoch bei vielen Soldaten für Ernüchterung. Human Mirrafati berichtet, wie sich Kameraden mit Waschmittel vergifteten oder sich in die Beine schossen, um dem drohenden Kampfeinsatz zu entgehen. Es war während dieser letzten Wochen seines Frontdienstes im Jahr 1985, als Human Mirrafatis Einheit vernichtend geschlagen wurde. Verwundete Iraner wurden von den irakischen Soldaten an Ort und Stelle erschossen. Er selbst geriet in Kriegsgefangenschaft.

Fünf Jahre brachte Human Mirrafati daraufhin in irakischen Gefangenenlagern zu. Er wurde mit Elektroschocks gefoltert. In seinem Gefängnisblock gab es neun Toiletten für 500 Gefangene. Das Brot, das es zu essen gab, schmeckte nach Diesel. Gerade in den Anfangsmonaten der Gefangenschaft gehörten Folterexzesse der Wärter zum Alltag. Mit Kabeln und Eisenstangen wurde Mirrafati einmal bis zur Bewusstlosigkeit geprügelt. Er war wie alle seine Kameraden islamisch sozialisiert, kehrte aber während seiner Gefangenschaft allen religiösen Glaubensvorstellungen den Rücken und änderte seinen Vornamen in den persischen Namen *Human*. Diesen kannte er aus einer altpersischen Märchengeschichte, wo er eine Pflanze bezeichnet, die Unsterblichkeit verspricht. Doch in der Kriegsgefangenensituation, in der sich Human Mirrafati befand, brachte ihm sein Namens- und Sinneswandel das genaue Gegenteil ein; denn durch sein Bekenntnis zum Atheismus geriet er nun auch bei streng religiösen Mitgefangenen in Verruf. Diese Islamisten unter den Gläubigen drohten damit, ihn nach der Freilassung bei den iranischen Behörden anzuzeigen. Auf Apostasie, was den Abfall vom Glauben meint, steht noch heute die Todesstrafe im Iran. So wurde Human Mirrafati erneut gefoltert, diesmal jedoch in seinem Heimatland, für das er als Soldat gekämpft und für das er insgesamt fünf Jahre in Kriegsgefangenschaft gelitten hatte. Human Mirrafati weigerte sich, zum Glauben zurückzukehren. Darauf drohte ihm der Tod durch Steinigung. Weil ein Freund in der zuständigen Behörde seine Akte auf dem Weg nach Teheran aufhielt, gelang ihm 1992 die Flucht.

Human Mirrafati schaffte es nach Berlin. Dort wurde er im Zentrum für Folteropfer betreut. Er lernte Deutsch, schloss eine Ausbildung zum Tischler ab und gründete eine Familie, mit der er einige Jahre nach der Jahrtausendwende an den Berliner Stadtrand zog. Als im Jahr 2013 verstärkt Geflüchtete nach Deutschland kamen, formierte sich in seiner Nachbarschaft die Bürgerinitiative »Willkommen in Falkensee«. Im Juni 2015 hatte man Unterkünfte für 67 Neufalkenseer bezugsfertig gemacht. Im Zuge dessen begann auch Human Mirrafati sich zu engagieren. Er betätigte sich zunächst als Dolmetscher, half den Neuankömmlingen bei Arztbesuchen und bei Behördengängen. Zusammen mit einigen Angekommenen beschloss er dann, den Menschen in seiner Heimatstadt etwas zurückzugeben. So machte sich die Gruppe daran, das *Tschahar-Schanbe-Suri*-Fest zu organisieren – ein über 3.000 Jahre alter Brauch, der im Rahmen der persischen Neujahrsfeierlichkeiten Nouruz begangen wird. Immer zu Frühlingsanfang, und zwar am Abend zu Mittwoch vor der Tag- und Nachtgleiche (um den 20. März herum) werden die Feuer des *Tschahar-Schanbe-Suri* entzündet, über die man springt. Das ist nicht gefährlich. Die vier bis fünf Feuerstellen, die Human Mirrafati mit seinen Mitorganisatoren anlegt, sind klein und im Abstand von ein paar Metern aufgereiht. Während des Sprungs gibt man symbolisch alles Schlechte in die gelbe Farbe der Flammen ab, während die rote Farbe des Feuers dem Menschen neue Kraft spendet. Die gesamte Zeremonie geht auf die zoroastrische Religion zurück, ist aber dieser Tage verweltlicht. Das zeigt sich daran, dass es heute weltweit circa 200.000 Zoroastrier gibt; das Fest wird aber von mehr als 300 Millionen Menschen gefeiert – von Westindien bis zum Balkan.

Der *Nouruz* ist ein Fest, das »eine wichtige Rolle dabei spielt, die Bindungen zwischen den Völkern auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung und der Ideale des Friedens und der guten Nachbarschaft zu stärken.« So heißt es in der Begründung der UNESCO, die das persische Neujahrsfest im Jahr 2009 in die Liste des immateriellen Weltkulturerbes aufgenommen hat. Dem *Nouruz* liegen die »alten Kulturbräuche der Zivilisationen in Ost und West zugrunde, die diese Zivilisationen durch den Austausch menschlicher Werte geprägt haben.«

Die Festzeit des *Nouruz* beginnt schon zwei Wochen vor dem Entzünden der Mittwochsfeuer. Während dieser Tage werden Beziehungen gepflegt. Man besucht selbst weitentfernte Freunde und Bekannte, schafft alte Streitigkeiten aus der Welt und versammelt die Familie. Der Nouruz ist ein Fest der Erneuerung. Es ist eine Bejahung des Lebens im Geiste des Frühlings. Das Bewusstsein darüber, dass wir alle an dieselben Kreisläufe der Natur gebunden sind, fördert eine uns innewohnende soziale Bindung zutage, die es zu erhalten und zu pflegen gilt wie die Natur selbst. Beim Nouruz geht es um eine »fürsorgliche und respektvolle Haltung gegenüber den natürlichen Quellen des Lebens«, stellt die UNESCO fest. Dies trifft den Geist, in dem wir heute mehr denn je zusammenfinden müssen. In Falkensee glückt das jedes Jahr. Über 300 Menschen, Alt- und Neufalkenseer nahmen am ersten Feuerfest teil. »Dabei waren es überwiegend Deutsche, die über die Feuer gesprungen sind«, sagt Human Mirrafati. Heute ist das *Tschahar-Schanbe-Suri* im Kulturkalender des Ortes fest eingetragen. Es verbindet die Menschen in ihrem Menschsein angesichts einer Natur, die uns dieses Leben mit den besten Wünschen füreinander überhaupt erst leben lässt.

Jan-Christian Petersen ist aktivistischer Schriftsteller. Mehr Informationen zu seiner Arbeit sind unter www.j-c-p.eu zu finden. Er ist Mitbegründer der Humanistischen Initiative Schleswig-Holstein (www.humini.de).

Foto Nouruz: Nima Mirrafati; Foto Petersen: privat

PORTRÄT

»Entscheidungen frei von Stigmatisierung, Zwang oder Diskriminierung«

Rede von Adriana Lamačková

Am 21. September 2019 fand in Berlin zum achten Mal der Aktionstag für sexuelle Selbstbestimmung statt, in diesem Jahr unter dem Motto Leben und Lieben ohne Bevormundung. Tausende gingen in Berlin gegen konservative, fundamentalistische und rechtsextreme Kräfte auf die Straße. Bei der Kundgebung des Aktionstages kamen Menschen zu Wort, deren Rechte und Lebensweisen durch die Anti-Choice-Bewegung eingeschränkt und gefährdet werden. Zur internationalen Situation reproduktiver Rechte sprach unter anderem **Adriana Lamačková** für das *Center for Reproductive Rights.* Der Wortlaut ihrer Rede ist hier dokumentiert.

Es ist mir eine große Ehre, heute hier zu sein. Das Center for Reproductive Rights möchte seine Solidarität mit den Menschen und Organisationen in Deutschland zum Ausdruck bringen, die die Regierung dazu auffordern, sexuelle und reproduktive Rechte und Gerechtigkeit für alle zu garantieren.

Sexuelle und reproduktive Rechte sind grundlegende Menschenrechte. Die europäischen Regierungen müssen sicherstellen, dass jede*r diese Rechte uneingeschränkt ausüben kann. Wir wollen eine Welt schaffen, in der jeder Mensch frei entscheiden kann, ob und wann er Kinder bekommt, in der jede*r Zugang zu einer qualitativ hochwertigen reproduktiven Gesundheitsversorgung hat und in der jeder Mensch diese Entscheidungen frei von Stigmatisierung, Zwang oder Diskriminierung treffen kann.

In unserer Arbeit erleben wir täglich, welchen schweren Schaden Gesetze, die die Entscheidungsfindung in der Schwangerschaft einschränken, der Gesundheit und dem Leben der Menschen zufügen können. Gleichzeitig sind wir auch Zeug*innen, welche transformativen sozialen Auswirkungen fortschrittliche und liberalisierende Gesetze bereits gebracht haben.

Seit mehr als 60 Jahren führt Europa den globalen Trend zur Liberalisierung der Abtreibungsgesetze an. Von 47 europäischen Ländern haben 41 eine Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen durchgesetzt. Und dieser Trend zur Liberalisierung setzt sich fort. In den letzten zwei Jahren haben mehrere europäische Länder wichtige Liberalisierungsreformen beschlossen, die die sexuelle und reproduktive Autonomie und Selbstbestimmung der Menschen fördern.

Dazu gehört Belgien, das sein Abtreibungsgesetz im vergangenen Jahr reformiert hat: Es hat die entsprechende Regelung zum Schwangerschaftsabbruch aus seinem Strafgesetzbuch gestrichen und es hat für die Entkriminalisierung der Werbung beziehungsweise der öffentlichen Verbreitung von evidenzbasierten Informationen zu Schwangerschaftsabbrüchen gesorgt.

Anfang dieses Jahres ist Island dem Antrag gefolgt, Schwangerschaftsabbrüche bis zur 22. Schwangerschaftswoche zu legalisieren. Und Nordmazedonien hat die Verpflichtung einer dreitägigen Wartezeit vor einem Schwangerschaftsabbruch sowie einseitige Beratungspflichten aus seinem Gesetz gestrichen.

Foto Lamačková: Sabrina Grischke/Bundnis für sexuelle Selbstbestimmung

Gleichzeitig ist uns bewusst, dass Kräfte, die sich gegen sexuelle und reproduktive Rechte stellen, bestrebt sind, einen progressiven Wandel zu verhindern. Sie wollen uns zurückdrängen. Sie wollen die Uhr zurückdrehen und den Menschen die Möglichkeit nehmen, selbstständig Entscheidungen über ihre Schwangerschaft und über ihr Leben zu treffen.

So sind beispielsweise in der Slowakei, meinem Heimatland, derzeit vier restriktive Abtreibungsgesetze im Parlament anhängig. Zwei davon haben das Ziel, die Frist für Schwangerschaftsabbrüche auf sieben beziehungsweise acht Wochen zu verkürzen. Dies würde den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen praktisch unmöglich machen. Einer der Anträge zielt darauf, Schwangerschaftsabbrüche ganz zu verbieten. Ein weiteres Ziel ist es, Patient*innen mit medizinisch ungenauen und voreingenommenen Informationen bezüglich eines Schwangerschaftsabbruchs zu versorgen.

Wir müssen zusammenarbeiten, um gegen diese Art von Menschenrechtsverletzungen standzuhalten. Wir dürfen nicht zulassen, dass sich die Agenden durchsetzen, die sich gegen die Rechte und die Gleichheit von Menschen wenden. Wir müssen unsere Regierungen zur Verantwortung ziehen und sie auffordern, sexuelle und reproduktive Rechte zu schützen und Schwangerschaftsabbruch zu einem integrierten legitimen Bestandteil der reproduktiven Gesundheitsversorgung zu machen.

Wir müssen zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass jede*r in unseren Gesellschaften die eigenen sexuellen und reproduktiven Rechte und die eigene Autonomie frei von Stigmatisierung, Zwang und Diskriminierung ausüben kann.

Vielen Dank!

Center for Reproductive Rights

Das *Center for Reproductive Rights* ist eine internationale Nichtregierungsorganisation, die die Kraft des Gesetzes nutzt, um reproduktive Rechte als grundlegende Menschenrechte auf der ganzen Welt zu fördern. Das Zentrum arbeitet mit lokalen und internationalen Partnerorganisationen in Afrika, Asien, Europa, Lateinamerika und den Vereinigten Staaten zusammen. Dabei geht es um ein breites Spektrum an Fragen der reproduktiven Rechte, einschließlich des Zugangs zu Schwangerschaftsabbruch, Verhütung und Mutterschaftsfürsorge. Das Center setzt sich zudem für die Beendigung von Zwangssterilisation und Kinderehe ein. Mehr Informationen unter reproductiverights.org.

Adriana Lamačková

Adriana Lamačková arbeitet seit 16 Jahren im Bereich der reproduktiven Rechte, vor allem in Mittel- und Osteuropa. Sie kooperiert mit dem *Center for Reproductive Rights* als Senior Legal Consultant für Europa.

Illustration: Sabrina Gröschke

Solidarischer Spendenaufruf für das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung

Am 27. Juni 2018 setzten zehn Aktivist*innen des Bündnisses für sexuelle Selbstbestimmung ein Zeichen für die Streichung des Paragraphen 219a StGB. Während der Anhörung im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestags zu § 219a StGB standen sie mit T-Shirts auf, auf denen u.a. die Forderungen »Recht auf Information zum Abbruch« und »#wegmit219a« aufgedruckt waren.

Die Aktivist*innen wurden von Stephan Brandner (AfD-Abgeordneter und Ausschussvorsitzender) des Saales verwiesen. Der Vorwurf: Sie hätten die Sitzung gestört und einen Polizeieinsatz verursacht.

Im Wortprotokoll der Sitzung ist die Szene folgendermaßen beschrieben:
»Die Personen mit den T-Shirts bleiben oben auf der Tribüne stehen und zeigen nochmals demonstrativ ihre T-Shirts in Richtung Sitzungssaal. Zahlreiche Zuschauer applaudieren laut.«

Eine Strafanzeige folgte und die Aktivist*innen wurden zu einem Bußgeld von insgesamt knapp € 1.800 verurteilt. Das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung startete daraufhin einen Solidaritäts-Spendenaufruf, dem sich der Humanistische Verband Deutschlands – Bundesverband anschließt und zu diesem Zwecke sein Spendenkonto zur Verfügung stellt.

Wir bitten um Spenden für das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung, das mit der Aktion ein wichtiges Zeichen gesetzt hat!

Spendenkonto: Humanistischer Verband Deutschlands – Bundesverband
IBAN: DE41 1002 0500 0003 3271 01, BIC: BFSWDE33BER, Bank für Sozialwirtschaft

Wichtig – bitte unbedingt Spendenzweck angeben:
BfsS, Bußgelder DBT, Aktion Rechtsausschuss 2018 für Scheibe u.a. und Bündnisarbeit

Sollte ein Teil der Spenden nicht für die Erstattung der Bußgelder verbraucht werden, so wird das Bündnis ihn für weitere Aktivitäten zur Umsetzung seiner Bündnisforderungen verwenden.

Hinweis: Für diese Spendenaktion dürfen leider keinen Spendenbescheinigungen ausgestellt werden.

Foto Gruppe: TARGET e. V.

Menschenrechtsaktivist Rüdiger Nehberg: »Mich nicht zu engagieren, kam für mich nicht infrage«

Rüdiger Nehberg im Interview mit Jan-Christian Petersen

»Karl Mays Bücher«, antwortet Rüdiger Nehberg (*1935), wenn man ihn fragt, was ihn zu seinem Lebensweg inspiriert hat. Als Survival-Experte und Abenteurer kam er Indianerstämmen und Nomadenvölkern nahe, für deren Überleben er sich engagierte. Seit 19 Jahren widmet er sich mit seinem Verein TARGET dem Kampf gegen die Weibliche Genitalverstümmelung – ein Ritus, dem jeden Tag tausende Mädchen zum Opfer fallen.

Herr Nehberg, die Weibliche Genitalverstümmelung ist ein regelrechter Bürgerkrieg, den die jeweiligen Gesellschaften gegen den weiblichen Anteil ihrer Bevölkerung führen.

Ja. In 35 Ländern wird sie praktiziert, die alle islamisch geprägt sind. Darum sind die meisten Opfer Muslima. Aber die Christen in Äthiopien und Ägypten sind genauso fanatisch dabei. Das sind alles Zahlen der UNO. Die sagen, in Ländern wie Ägypten sind nahezu alle Frauen genital verstümmelt. Egal, wie gebildet sie sind, ob sie arm sind oder reich – alle durch die Bank.

Verteidigen denn die Imame und Priester diese Verstümmelungspraxis?

Nicht direkt. Wenn man sie anspricht, haben wir solche Fälle gefunden, ja. Die sind dann für die Verstümmelung, weil es schon immer so gewesen ist. Aber man spricht nicht darüber. Männer sind meist bei den Eingriffen auch nicht dabei. Das ist Frauensache.

Mit welchen Stellen im Koran wird die Weibliche Genitalverstümmelung denn begründet?

Eine Koranstelle, die fordert, Frauen zu beschneiden, gibt es nicht. Wenn wir sagten: Zeig uns das im Koran, dann konnte man uns das nicht zeigen. Im Koran steht eher das Gegenteil. Da gibt es die Sure 95 Vers 4, die ich immer zitiere. Da heißt es: »Wahrlich WIR (Allah) haben den Menschen im schönsten Ebenmaß geschaffen.« Das gilt dann wohl auch für die Frau, sonst wäre sie ja ausgeklammert. Und da kann man sich als Mensch nicht anmaßen, es besser zu wissen als der Schöpfer. Das war dann unser Argument.

Aber dennoch wird diese Praktik ja religiös begründet. Wie machen die das denn?

Es gibt ja einerseits den Koran. Dann gibt es die Hadithe. Hadithe sind Überlieferungen, die man ein paar Jahrzehnte nach dem Tode des Propheten aufgeschrieben hat. Das sind Überlieferungen, die er gesagt oder getan haben soll. Da wurde viel gelogen. Jeder wollte ihn gekannt haben. Dann gibt es aber noch solche Hadithe, die glaubwürdig sind. Es ist eine richtige Wissenschaft, schwache und starke Hadithe zu trennen. Und da gibt es eben einen Hadith, der sagt, dass der Prophet es befohlen oder angeregt habe, Frauen genital zu verstümmeln. Aber das ist ein schwacher Hadith. Er wird von Fachleuten abgelehnt.

Was sagen denn die Priester und Imame dazu, dass diese Praxis unter Zuhilfenahme der jeweils heiligen Texte gerechtfertigt wird?

Die sagen gar nichts. Das ist das Schlimme. Sie schweigen das tot. Das Thema ist streng tabuisiert. Täglich gibt es sechstausend bis achttausend Opfer. Das ist eine UNO-Schätzung. 80 Prozent dieser Opfer sind Muslima. Darum haben wir gesagt, wir arbeiten mit dem Islam zusammen, und zwar ausschließlich. So erreichen wir die meisten Opfer. Außerdem kann der Großteil der Menschen in den Ländern, in denen die Frauen verstümmelt werden, nicht lesen. Erst wenn ein Imam etwas sagen würde, wäre es glaubwürdig für die Leute.

Rüdiger Nehberg

Rüdiger Nehberg (geb. 1935 in Bielefeld) ist ein Survival-Experte und Menschenrechtsaktivist. Zu seinem Lebenswerk zählen insbesondere sein Engagement für die Yanomami-Indianer und sein Kampf gegen die Weibliche Genitalverstümmelung, den er gemeinsam mit seiner Frau Annette Nehberg-Weber führt. Im Jahr 2000 gründeten sie den Verein TARGET e. V. Ruediger Nehberg – Gezielte Aktionen für Menschenrechte.

Wie sind Sie auf die Weibliche Genitalverstümmelung aufmerksam geworden?

Das war noch in meiner Abenteuerphase vor 40, 50 Jahren. Damals hatte ich mit zwei Freunden und vier Kamelen die Danakil-Wüste in Ostäthiopien durchquert. Wir waren im Gebiet der Afar-Nomaden. Auch unsere Begleiter waren Afar. Auf diesem Marsch begegnete uns eine junge Frau. Sie war von Äthiopien nach Eritrea geflohen, weil man sie zwangsverheiraten wollte mit einem Mann, den sie absolut hasste. Als junges Mädchen hatte man sie pharaonisch verstümmelt. Das ist die übelste Form der Genitalverstümmelung. Da wird die Scheide zugenäht oder mit Dornen zugetackert, nachdem man die Schamlippen und die Klitoris abgeschnitten hat. Ohne Betäubung.

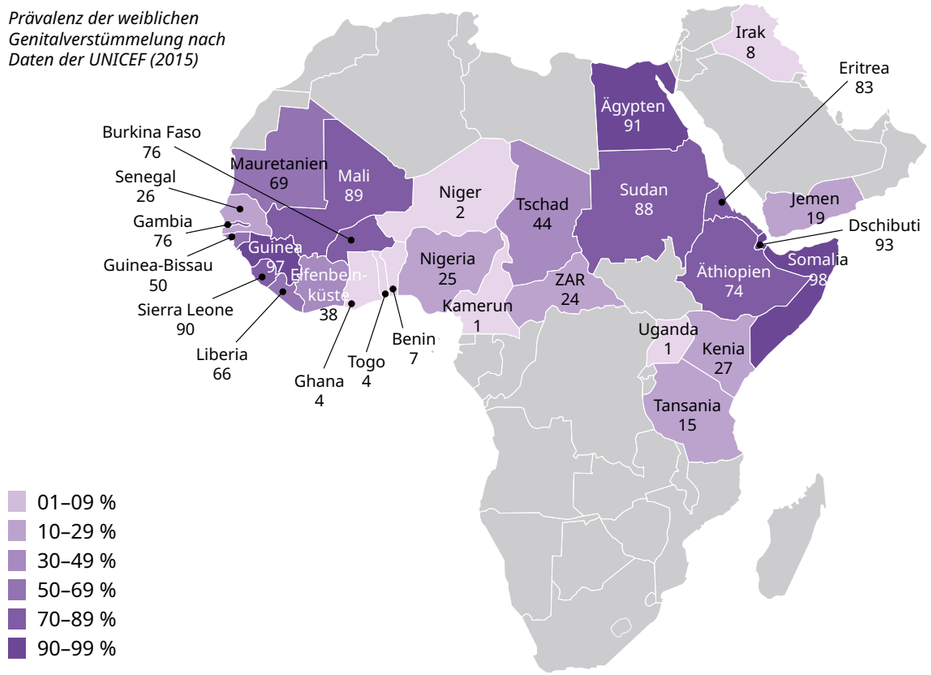
Und Sie haben begonnen, aktiv zu werden, nachdem Sie diese Geschichte von ihr gehört hatten?

Nein. Damals in der Wüste wusste ich noch nicht, dass man als kleiner Bürger etwas bewirken kann, wenn man sich engagiert. Das war Ende der 70er Jahre und ich selbst war Anfang 40. Hauptberuflich war ich Bäcker.

Was hat Sie dann vom Abenteurer zum Menschenrechtsaktivisten werden lassen?

Das war Anfang der 80er Jahre in Brasilien. Dort drohte den Yanomami-Indianern die Vernichtung durch eine Armee von Goldsuchern. Damals sah ich deren Chancenlosigkeit und die Brutalität der Goldsucher, diese absolute Rücksichtslosigkeit – und ich wusste, das ist komplett gegen die brasilianische Verfassung. Mich nicht zu engagieren, kam für mich nicht infrage. Ich hätte mich dann wie ein Mittäter gefühlt, zumal ich wusste, die Yanomami haben keinen, der ihnen beisteht. Die brauchten jemanden, der wagte, das Vorhaben der Goldsucher heimlich zu filmen, um den Menschenrechtlern in Brasilien Beweismaterial zu liefern. Damals lernte ich auch, wie man sich gute Aktionen ausdenkt, um international Aufmerksamkeit zu bekommen. Das habe ich 20 Jahre gemacht, bis zum Jahr 2000, als die Yanomami einen akzeptablen Frieden erhielten. Genau zu dieser Zeit las ich dann in einem Zeitungsartikel wieder vom Thema der Verstümmelung. So hat das angefangen. Bei den Yanomami hatte ich gelernt, man braucht Bildbeweise, um die Verbrechen zu

Prävalenz der weiblichen Genitalverstümmelung nach Daten der UNICEF (2015)



Grafik: Johnuniq, deutsche Übersetzung von Furfur (CC BY-SA 4.0); Foto Konferenz: TARGET

Auf der 2006 von TARGET initiierten Kairoer Konferenz diskutierten Islamgelehrte aus aller Welt über eine Strategie zur Bekämpfung der Weiblichen Genitalverstümmelung. Sitzend v. l.: Prof. Dr. Ali Gom'a (Großmufti Ägyptens), Prof. Dr. Tantawi (Großscheich der Azhar), Prof. Dr. Zakzouk (ägyptischer Religionsminister), Moushira Khattab (ägyptische Staatssekretärin, Nationaler Rat für Kindheit und Mutterschaft) und Rüdiger Nehberg.

belegen. Zum Thema Verstümmelung gab es aber noch keine Bilder. Deshalb sind wir wieder in das Gebiet der Afar-Nomaden gefahren, durch das ich damals gezogen bin. Über einen Clanführer kamen wir an eine Verstümmlerin heran. Bei der eigentlichen Zeremonie war dann aber nur noch Annette als Augenzeugin zugelassen. Wir sind seit 2000 ein Paar. Sie war direkt dabei – mit der Kamera auf dem Stativ und mit dem Fotoapparat in der Hand. Ich saß draußen vor der Tür. Und dann hörte ich diese Schreie. Das sind kleine Mädchen im Alter von vier Wochen bis zum heiratsfähigem Alter.

Wenn Sie von heiratsfähigem Alter sprechen, was heißt das genau?

12, 13, 14 aufwärts.

Angesichts dieser enormen Leiden stellt sich die Frage: Wie kann eine Mutter, die eine solche Genitalverstümmelung selbst erlebt hat, dasselbe ihrer eigenen Tochter wieder antun?

Der gesellschaftliche Druck ist so unglaublich, dass eine Frau, die sich weigert, im Grunde vom Clan ausgeschlossen wird; denn sie mutet ihrer Tochter zu, nicht beschnitten zu sein und deshalb – also angeblich – triebhaft zu werden, nicht treu sein zu können, keinen Mann zu kriegen und Prostituierte werden zu müssen.

Und wie ging es dann für Ihre Frau und Sie in der Danakil-Wüste weiter?

Annette war also Augenzeugin einer Genitalverstümmelung geworden. Sie hatte die Dokumente bekommen und die waren so grauenhaft, dass sie heute noch Albträume davon hat. Damit haben wir dann den Sultan dieser Afar-Nomaden konfrontiert. Er sah die Bilder und war entsetzt. Er fragte, ob man das etwa auch seinen Töchtern angetan habe. Die Antwort lautete: Ja, denn sie gehören alle zum selben Volk. Da wird niemand verschont. Der Sultan hat sofort reagiert. 2002 kam es zu einer Stammeskonferenz in einem Ort namens Asaita, an der alle 60 Clanführer teilnahmen. Es hatte sich blitzschnell herumgesprochen, worum es bei der Konferenz gehen sollte.

»Eine Koranstelle, die fordert, Frauen zu beschneiden, gibt es nicht.«

TARGET eröffnete 2015 eine moderne Geburtshilfeklinik inmitten der äthiopischen Danakil-Wüste, die sichere Geburten ermöglicht. Außerhalb der Klinik besteht eine große Gefahr für das Kind und seine Mutter, die an den Folgen der Genitalverstümmelung leidet.

So erfuhren das auch die Frauen. Auf einmal saßen dort 600 Leute. Die Frauen sagten zunächst keinen Mucks. Ich stellte mich den Leuten erst einmal vor, um zu erklären, warum ich Fremder mir anmaße, da aufzutreten in dieser Tabuzone. Ich hätte aber gehört, was sie mit ihren Mädchen machen und dass sie das falsch mit dem Koran begründen. Sie glaubten mir natürlich nicht. Weißen misstraut man. Als dann aber der höchste Geistliche, ein Scheich, bestätigte, dass von der weiblichen Beschneidung nichts im Koran steht und nun darüber gesprochen werden dürfe und dass es an der Zeit wäre, den Brauch abzuschaffen, da brachen Dämme.

Sie haben ähnliche Konferenzen nicht nur in Äthiopien, sondern auch in Dschibuti, in Guinea-Bissau und im ägyptischen Kairo durchgeführt.

2006 in Kairo. Das war eine internationale Konferenz mit Islamgelehrten aus der ganzen Welt. Die Schirmherrschaft übernahm Prof. Dr. Ali Gom'a von der Al-Azhar-Universität. Er war damals Großmufti von Ägypten und der höchste Rechtsgelehrte im sunnitischen Islam. Wir garantierten ihm, die Kosten für die Flüge und für die Hotels der Gäste zu übernehmen. Und er fragte noch, ob wir Sonderwünsche hätten. Einen Sonderwunsch hatten wir tatsächlich. Wir wollten Scheich al-Qaradawi einladen. Das ist der Scheich, der damals den Karikaturenstreit mit Dänemark ausgelöst hatte, wegen der Mohammed-Karikaturen in der Zeitung *Jyllands-Posten.* Al-Qaradawi war für Verstümmelung, war uns gesagt worden. Er lebte in Katar im Exil, ist aber Ägypter. Auf ihn hören viele. Schließlich sagte der Großmufti von Ägypten: »Ja, dann laden wir ihn ein.« Allerdings hatte al-Qaradawi in ganz Europa Einreiseverbot und auch in Ägypten unter Präsident Mubarak, weil er den Muslimbrüdern angehört. Für die Konferenz erhielt er eine Ausnahmegenehmigung für die Einreise.

Und dann kam er. Er hörte sich seine Kollegen an. Er hörte sich die Ärzte an und er sah sich Annettes Film an. Dann stand er auf und bekannte: »Ich habe das nicht gewusst.« Das sagten auch die anderen Delegierten. »Wir haben das nicht gewusst.« Der Konferenzbeschluss war eine absolut historische Fatwa, die am 24. November 2006 auf der Konferenz in Kairo verabschiedet wurde. Der wichtigste Satz darin lautet: »Weibliche Genitalverstümmelung ist ein strafbares Verbrechen, das die höchsten Werte des Islam verletzt.«

Fotos Klinik und Buch: TARGET e.V.

Einige Monate später stellten wir fest, dass Scheich al-Qaradawi noch immer auf seiner Webseite Genitalverstümmelung empfahl. Das konnten wir nicht hinnehmen. Aber er war definitiv auf unserer Seite und lud uns in seine Residenz nach Katar ein. Dort ächtete er in einer eigenen Fatwa Weibliche Genitalverstümmelung als Teufelswerk und appellierte an alle Muslime der Welt, damit aufzuhören. Das ist auf unserer Homepage auch noch einmal auf Arabisch, Französisch und Englisch nachzulesen.

War Ihre Arbeit damit getan?

Nein. Durch die Konferenzen, die wir organisiert haben, war natürlich schon das Fundament gelegt, aber man muss immer nachlegen, weil die alten Großmütter weiterhin auf der Beschneidung beharren. Auch schätzungsweise 5.000 Mädchen, die in Deutschland leben, sind da nicht sicher. Eltern, die aus Verstümmelungsländern stammen, reisen dann mit ihren Töchtern dahin zurück, wenn sie in Deutschland keine Verstümmlerin finden. Manche der Mädchen kommen nach solchen Reisen nicht mehr zur Schule, sind plötzlich verschleiert oder fühlen sich nicht gut. Einige kommen auch gar nicht wieder, weil sie gestorben sind oder weil die Verwandten sie gleich dabehalten, um sie zu verheiraten. Solche Fälle gibt es viele. Schulferienzeit ist Verstümmelungszeit, obwohl die Eltern in Europa ja hören, wie schädlich das ist. Deswegen muss man immer aufklären, aufklären, aufklären!

TARGET

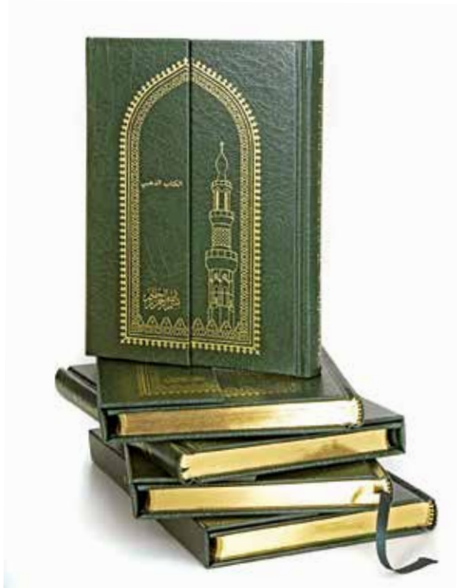
Spenden zur Unterstützung der gemeinnützigen Menschenrechtsorganisation TARGET (www.target-nehberg.de) bitte an:

TARGET e. V. – Ruediger Nehberg
Geldinstitut: Sparkasse Holstein
BIC/SWIFT: NOLADE21HOL
IBAN: DE16 2135 2240 0000 0505 00

Wie kann man Sie, Ihre Frau und Ihren Verein TARGET unterstützen?

Man kann Förderer bei uns werden, uns mit Spendenaktionen unterstützen. Und als Gynäkologe oder Gynäkologin kann man uns vor Ort aktiv unterstützen. Wir haben in Äthiopien eine Geburtshilfeklinik für die geschändeten Frauen gebaut. Ein autarkes Dorf, 70 Mitarbeiter, deutscher Standard. Wir werden dabei unterstützt vom Berufsverband Deutscher Frauenärzte. Die Klinik ist wie ein Leuchtturm in der Wüste, eine Zuflucht für die Frauen. Wir sind dem Zustrom kaum mehr gewachsen und müssten dringend die Gebäude erweitern. Dafür bitten wir um dauerhafte zuverlässige Hilfe.

Jan-Christian Petersen



Im Jahr 2009 startete Rüdiger Nehberg eine Aufklärungskampagne. Das »Goldene Buch« fasst die Standpunkte der Islamgelehrten der Kairoer Konferenz zusammen. Das Buch ist als Predigtvorlage für Imame konzipiert und wird bis heute zehntausendfach an die Moscheegemeinden in den betroffenen Ländern ausgegeben. Der Schirmherr der Kairoer Konferenz, Ali Gom'a, hat es mit einem Geleitwort geehrt und damit unangreifbar gemacht.

Ludwig Marum
Ein Leben für Recht und Republik

Von Michael Schmidt

Ludwig Marum (1882–1934) war ein badischer sozialdemokratischer Politiker jüdischer Herkunft, der sich mit seinem engagierten Einsatz für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Weimarer Republik den Hass der Nationalsozialisten zuzog und in der Folge von ihnen ermordet wurde. Sein unerschütterliches Vertrauen in den Rechtsstaat kostete ihn letztlich das Leben.

Foto Steine: Textunfy.com; Foto Stolperstein Marum: Stolpersteineuploader (CC BY-SA 3.0)

Ludwig Marum stammt aus einer assimilierten liberal und demokratisch orientierten, Familie, die ein eher säkulares Verständnis des Judentums hatte. Ihre Mitglieder begriffen sich als Deutsche jüdischer Abstammung. Während seines Jurastudiums in Heidelberg erlebt Ludwig Marum massiven Antisemitismus. Auf Grund dessen wechselt er an die liberaler geprägte Universität München und tritt nach dem Abschluss seines Studiums 1904 der SPD bei. Ein jüdischer, sozialdemokratischer Jurist hatte es auch im vergleichsweise liberalen Baden schwer, in den Staatsdienst zu gelangen, so baut Ludwig Marum sich nach dem absolvierten Referendariat im Jahr 1909 eine Anwaltskanzlei in Karlsruhe auf. Er streitet juristisch für die SPD und deren Mitglieder. Mandanten, die sich eigentlich keinen Anwalt leisten können, vertritt er kostenlos.

1910 tritt Ludwig Marum aus der jüdischen Gemeinde aus. Im Jahr 1912, ein Jahr nach deren Gründung, schließt er sich der Karlsruher Freireligiösen Gemeinde an und bekleidet später dort auch Funktionen. Dennoch steht er zu seiner jüdischen Identität. Im Jahr 1920 betont er das öffentlich in einer Rede im badischen Landtag: »Ich sage Ihnen offen, ich bin stolz darauf jüdischer Abstammung zu sein, und ich schäme mich dessen gar nicht. Es hat sich kein Jude seiner Abstammung zu schämen, und ich habe vor den Juden, die etwa aus öffentlichen Rücksichten den Glauben wechseln, keinen Respekt.«

In der badischen SPD macht Ludwig Marum schnell Karriere, bereits 1914 zieht er in den badischen Landtag ein. Er ist reformorientiert, unterstützt die Politik des Burgfriedens und der Kriegskredite. Schnell wird er Fraktionsvorsitzender und im November 1918 Justizminister in der provisorischen Regierung. Sein Ziel ist eine umfassende Modernisierung und Humanisierung des Rechts. So setzt er sich für die Erweiterung der Rechte von unehelichen Kindern, Erleichterungen im Scheidungsrecht, eine Reform des § 218 StGB sowie für den Vorrang der Resozialisierung von Straftätern und die Abschaffung der Todesstrafe ein. »Abschrecken? Nein! [...] Strafen müssen selbstverständlich sein, aber der Zweck der Strafe ist nicht blutige Vergeltung, sondern ist Schutz der Gesellschaft«, führt er in einer Landtagsdebatte aus. Allerdings lassen die politischen

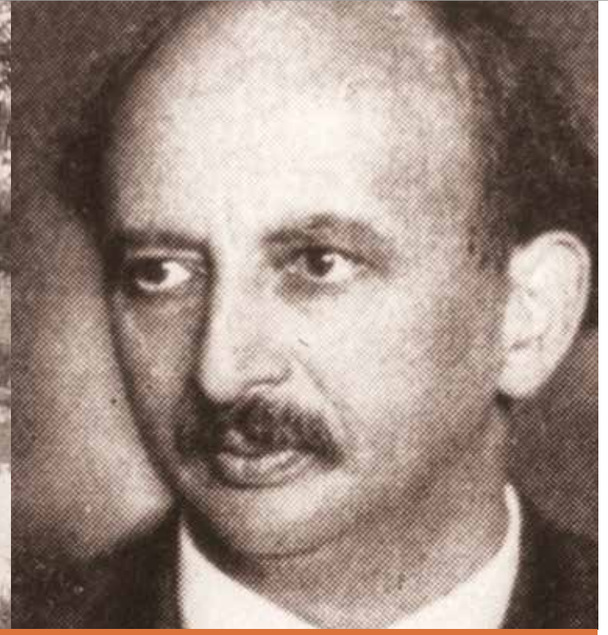
> »Strafen müssen selbstverständlich sein, aber der Zweck der Strafe ist nicht blutige Vergeltung, sondern ist Schutz der Gesellschaft«
>
> Ludwig Marum

Mehrheitsverhältnisse in der Weimarer Republik es nicht zu, solche Reformen umzusetzen.

1928 wechselt Ludwig Marum aus der Landespolitik in den Reichstag, dem er bis zur Machtübernahme durch die Nationalsozialisten angehört. Er wird Vorsitzender des Strafrechtsausschusses des Reichstags und kritisiert die extrem konservative Rechtsprechung des Leipziger Reichsgerichts als Klassenjustiz. Allerdings hatte er selbst zu jenen Kräften in der SPD gehört, die sich in der Novemberrevolution im Interesse eines reibungslosen Übergangs vom Kaiserreich zur Republik entschieden hatten, auf grundlegende Veränderungen im Staatsapparat zu verzichten. Diese Entscheidung hatte die nun von ihm beklagten Probleme der Weimarer Republik mitverursacht.

Ludwig Marum gehört zu den entschiedensten Verteidigern der Weimarer Republik, sowohl auf politischer, als auch auf juristischer Ebene. U.a. erreicht er 1930, dass der Heidelberger NSDAP-Stadtrat Karl Pflaumer wegen Beleidigung verurteilt wird und das Urteil auf dessen Kosten in vielen badischen Zeitungen veröffentlicht werden muss. Er engagiert sich im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und der Eisernen Front, zwei Organisationen aus dem sozialdemokratischen Umfeld, die bereit waren, sich auch militant gegen die Nationalsozialisten zur Wehr zu setzen.

Jedoch setzt er auch nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten zuvorderst auf den Rechtsstaat und vertraut auf seine parlamentarische Immunität. Auch nachdem ihn SA-Männer am 10. März 1933 in »Schutzhaft« genommen hatten und alle Versuche, seine Freilassung zu erreichen, scheitern, hält er sich an die Regeln. Er nutzt einen Freigang, den er für eine Beerdigung erhält, nicht zur Flucht. Weil er weiß, dass ihm juristisch nichts vorzuwerfen ist, glaubt er fest daran, auf legalem Wege wieder freizukommen.



Die von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand gemeinsam mit dem Landesarchiv Baden Württemberg und dem Forum Ludwig Marum erstellte sehenswerte Wanderausstellung »Ein Leben für Recht und Republik« tourt im Jahr 2020 durch Baden-Württemberg. Infos unter: www.landesarchiv-bw.de. Sie kann auch über die Gedenkstätte Deutscher Widerstand ausgeliehen werden. Der Kontakt ist: wanderausstellungen@gdw-berlin.de.

Am 16. Mai 1933 wird Ludwig Marum gemeinsam mit sechs anderen führenden badischen Sozialdemokraten im offenen Lastwagen, durch ein Spalier von grölenden NS-Anhängern und Schaulustigen, von Karlsruhe in das nahegelegene KZ Kislau überführt. Sein einstiger Kontrahent vor Gericht, Karl Pflaumer, ist nunmehr badischer Innenminister. Nach einigen Monaten kommen die sechs anderen wieder frei. Ludwig Marum bleibt im KZ, im März 1934 kommt er in Einzelhaft.

In der Nacht zum 29. März 1934 erwürgen SS- und SA-Männer Ludwig Marum in seiner Zelle und hängen ihn danach dort auf, um einen Selbstmord vorzutäuschen. Seine Beerdigung am 24. April in Karlsruhe, an der über tausend Menschen teilnehmen, wird zu einem Zeichen stillen Protests.

Im Prozess gegen die Mörder, der 1948 stattfindet, kann nicht geklärt werden, ob diese aus eigenem Antrieb oder auf Befehl einer höheren NS-Instanz gehandelt haben. Der Haupttäter erhält eine lebenslange Freiheitsstrafe, wird aber unter Anrechnung von Internierung und Untersuchungshaft bereits 1960 entlassen.

Im Jahr 1946 wird eine Straße in Karlsruhe nach Ludwig Marum benannt, danach gerät er zunächst in Vergessenheit. Erst in den 1980er Jahren, als seine in den USA lebende Tochter, Elisabet Marum-Lunau, regelmäßig Karlsruhe besucht, um die Öffentlichkeit über sein Wirken und sein Schicksal zu informieren, ändert sich das. 1985 benennt sich ein Karlsruher Gymnasium nach Ludwig Marum. Und seit 1988 vergibt die Karlsruher SPD jährlich einen Ludwig-Marum-Preis, mit dem das Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus gefördert werden soll. Mittlerweile gibt es noch einen weiteren Preis, welcher von der dem gleichnamigen Gymnasium nahestehenden Ludwig-Marum-Stiftung verliehen wird und dem gleichen Zweck dient. Seit 2007 existiert auch das Forum Ludwig Marum zur Bewahrung seines Andenkens.

Michael Schmidt ist Diplom-Politologe und arbeitete bis zu seinem Ruhestand in der Abteilung Bildung des HVD Berlin-Brandenburg. Er war u.a. Projektleiter der Ausstellung »Humanisten im Fokus – Zerstörte Vielfalt«.

Foto Marum 1: Privat (Besitz Andreé Fischer-Marum); Marum II: Reichstags-Handbuch 1930; Scherzer: Konstantin Börner

»Setzt nicht nur Zeichen!«

Richard Scherzer im Interview mit Lydia Skrabania

Richard Scherzer ist jung, politisch und aktiv, er setzt sich nicht nur bei den Jungen Humanist*innen als »Redemensch« und Vorstandsvorsitzender im JuHu-Bundesverband ein, sondern engagiert sich auch in der klimapolitischen Initiative *Ende Gelände* und im *#unteilbar*-Bündnis. Und er geht gegen Rassismus und Rechtsextremismus auf die Straße. Im Interview erzählt Richard, warum er den in der breiten Gesellschaft ausgeübten Aktivismus als ungenügend empfindet – und warum es nicht ausreicht, nur Zeichen zu setzen.

Richard, du bist ein ziemlich aktiver Mensch. Neben Initiativen für eine bessere Klimapolitik und gegen Rassismus bist du auch bei den JuHus in Berlin und im JuHu-Bundesverband engagiert. Was motiviert dich zu deinem Engagement?

Hmm, mich motiviert wohl der Fakt, dass ich die Welt, so wie sie gerade aufgebaut ist und funktioniert, echt uncool finde. Ich will dagegen etwas tun.

Richard Scherzer

Richard Scherzer, 21, ist gebürtiger Berliner, hat den größten Teil seines Lebens jedoch in Bayern verbracht. Inzwischen ist er zurück in der Hauptstadt und studiert an der TU Berlin Physik. Er ist ehrenamtlich aktiv bei JuHu Berlin und als Vorstand im JuHu-Bundesverband.

Welche Aspekte stören dich, woran willst du etwas ändern?

Ein großer Punkt, der aktuell ja auch medial sehr präsent ist, ist die Klimakrise. Hier muss man sehr, sehr schnell zu sehr, sehr drastischen Lösungen kommen, um den Zustand der Erde so zu bewahren, dass wir hier noch weiter existieren können. Denn wir können nicht ohne die Natur leben. Die aktuelle Situation frustriert mich.

Zugleich bist du überzeugt, dass dein Engagement eine Veränderung mit sich bringen kann?

Ja, ich glaube fest daran, dass jeder Mensch, der sich engagiert, etwas verändert – entweder im Großen, aber auch schon im ganz Kleinen. Wenn ich zum Beispiel bei einer Fahrt von JuHu Berlin mitfahre, dann reicht es mir schon zu wissen: Hier sind jetzt 50 Kids, die einen geilen Sommer hatten. Und das ist cool, denn wir haben für die eine Möglichkeit geschaffen, die sie sonst aufgrund sozialer oder ökonomischer Gründe einfach nicht hätten. Das ist schon eine ganz wichtige Form von Engagement. Aber das ist kein politischer Aktivismus.

Sondern? Was bedeutet politischer Aktivismus für dich?

Politischer Aktivismus ist ein Aktivismus, der darauf abzielt, politische Umstände oder Gegebenheiten zu ändern. Das umfasst für mich den Kampf um Mitspracherecht und den Kampf um eine Entscheidung.

Aus unserem Vorgespräch weiß ich, dass du den Aktivismus in weiten Teilen der Gesellschaft als ziellos und ungenügend empfindest.

Ich glaube, dass der Aktivismus, wie er gerade praktiziert wird, zunächst einmal gut ist: Zu sagen, wir versammeln viele Menschen für ein Thema und tragen das dann auf die Straße. Das ist ein Zeichen, das man setzt, man macht damit auf eine Thematik aufmerksam. Zum Beispiel die Gewerkschaftskundgebung zum 1. Mai, die das Thema soziale Gerechtigkeit, Arbeitnehmer*innenrechte usw. ja jedes Jahr zum 1. Mai aufmacht. Oder auch ein *Christopher Street Day,* der sagt: Wir wollen mehr Rechte für die LGBTQI*-Community erreichen, wir wollen mehr Selbstbestimmung über unseren Körper, über unsere Lebensführung.

Was genau kritisierst du also an dieser Form des Demonstrierens?

Ich habe das Gefühl, diese Art von Aktivismus kommt in der Art von Demokratie, in der wir leben, nicht an. Die ist wirkungslos und verpufft einfach. Man macht damit zwar auf ein Thema aufmerksam, die Art, wie oder von wem Entscheidungen getroffen werden, ist davon aber abgekapselt. Deswegen empfinde ich diese Form von Aktivismus als ungenügend. Und zum zweiten verlieren diese Veranstaltungen in meiner Wahrnehmung nach und nach ihren politischen Charakter. Das kommt unter anderem dadurch, dass große Konzerne diese Veranstaltungen kapern und für sich beanspruchen. Und diese Form von Aktivismus wird nach meinem Gefühl inzwischen auch so weichgespült, dass ein Mindset aufkommt von: Aktivismus tut nicht weh, Aktivismus macht Spaß.

Sind solche Demos und Veranstaltungen also im Mainstream angekommen?

Ja, das könnte man sagen. »Hey, wir gehen jetzt zur 1.-Mai-Demo, essen noch eine Bratwurst und trinken noch ein Bier – und sind dabei richtig aktivistisch!« Es ist eine krass privilegierte Position, in Deutschland als weißer Mensch auf die Straße zu gehen.

Du meinst, weil es keine Folgen hat – nicht für den Einzelnen und wahrscheinlich auch nicht auf politischer Ebene?

Genau. Man hat zum Beispiel bei einer bürgerlichen Demo gegen Rassismus »ein Zeichen gesetzt«, ist dort also ein bisschen mitgelaufen, war noch auf einem Straßenfest und beruhigt sich und das eigene Gewissen auf diese Weise. Aber es tut niemandem weh. Dabei macht man sich nicht bewusst, dass Rassismus tötet, jeden Tag, überall auf der Welt. Aber diesen Leidensdruck spürt man nicht, den lässt man gar nicht an sich heran.

Ich hatte ein Erlebnis, das diesen Eindruck für mich sehr verfestigt hat: Als es 2018 zu den Ausschreitungen in Chemnitz kam und Neonazis Ausländer*innen – oder solche Menschen, die sie dazu abgestempelt haben – durch die Straßen jagten, war ich auf einer Gegendemo, die komplett untergegangen ist. Die Nazi-Demo war viel größer und es gab auch gewaltsame Auseinandersetzungen. Ich bin sehr ernüchtert nach Hause gefahren. Und zwei Tage später fand das »Wir sind mehr«-Konzert statt, bei dem über 60.000 Menschen kamen. Und ich dachte mir: »Nein, Leute, wir sind nicht mehr.« Als die Nazis sich in Chemnitz die Straße genommen haben, waren wir nicht mehr, um das zu verhindern.

Wenn diese Art von Veranstaltungen und von Demos allein nicht ausreichen – was muss dem nach deiner Ansicht folgen?

»Es ist eine krass privilegierte Position, in Deutschland als weißer Mensch auf die Straße zu gehen.«

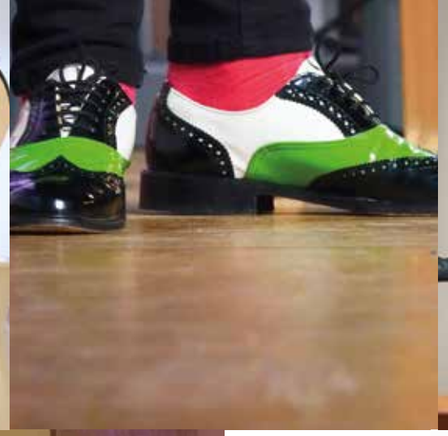
Ich will die vielen guten Dinge, die bereits passieren, nicht schlechtreden. Natürlich ist es Wahnsinn, dass so kurzfristig so viele tausend Menschen nach Chemnitz fahren und ein Zeichen setzen. Und natürlich gibt es sehr aktive Initiativen und Gruppen, die vor Ort etwas bewegen. Ich würde mir aber wünschen, dass in der breiten Gesellschaft ankommt, dass Aktivismus auch wehtun kann. Dass Aktivismus etwas ist, das unangenehm sein kann. – Etwas, das man aber trotzdem macht, weil es eben sein muss, weil es anders nicht geht. Setzt nicht nur Zeichen, sondern seid wirklich in der Situation, vor Ort, solidarisch mit den betroffenen Menschen!

Was kann eine Institution wie der HVD tun? In welchen Bereichen sollte er sich deiner Meinung nach einsetzen?

Ich würde mir wünschen, dass der direkte Protest gegen Rechtsextremismus noch stärker unterstützt wird, sowohl vom HVD als auch von anderen Organisationen. Da passiert schon viel – aber ich glaube, ein bisschen mehr Radikalität täte gerade allen gesellschaftlichen Organisationen gut, denn wir stehen vor radikalen Problemen.

Ende Gelände ist eine Bewegung des zivilen Ungehorsams, die sich für Klimagerechtigkeit einsetzt. Hier zu sehen: Aktion im Tagebau Hambach im November 2017.

Foto Demo: Leonhard Lenz (CC0 1.0)



»Humanisten für Menschenrechte und Toleranz«

Rückblick auf den Humanistentag 2019

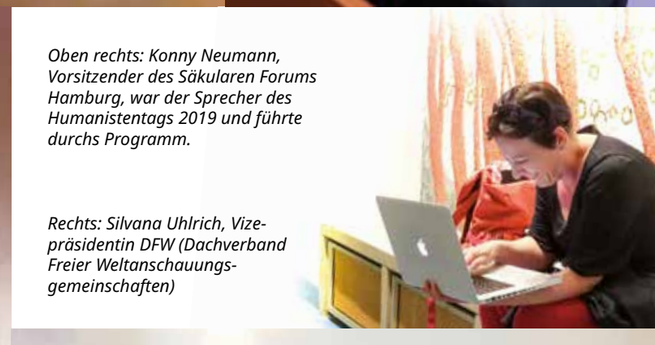
Von Lydia Skrabania

Vom 5. bis zum 8. September 2019 trafen sich beim Deutschen Humanistentag 2019 (DHT 2019) in Hamburg interessierte säkulare Menschen, Vertreter*innen aller größeren säkularen Organisationen sowie Gäste anderer europäischer Länder. An den vier Tagen gab es zahlreiche Gelegenheiten zum Austausch zu wichtigen humanistischen Fragestellungen. Das thematisch vielfältige Programm bestand aus Vorträgen, Podiumsdiskussionen und Workshops und wurde ergänzt u.a. durch Exkursionen, Theaterstücke und einen Science Slam. Aufgrund der Vielfalt der Themen sollen in diesem Rückblick nur einige Schlaglichter geworfen werden.

Fotos DHT 2019: Evelin Frerk

Oben rechts: Konny Neumann, Vorsitzender des Säkularen Forums Hamburg, war der Sprecher des Humanistentags 2019 und führte durchs Programm.

Rechts: Silvana Uhlrich, Vizepräsidentin DFW (Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften)



Beim Science Slam hatten die Vortragenden jeweils zehn Minuten Zeit, um dem Publikum wissenschaftliche Erkenntnisse spannend und verständlich näher zu bringen. Der Vortrag wurde dann vom Publikum mit Punkten bewertet.

Bei der Tagung »Werte fallen nicht vom Himmel« der Humanistischen Akademie Deutschland wurde über verschiedene Formen des Werteunterrichts diskutiert.

Eröffnet wurde der DHT 2019 am Donnerstagabend, 5. September, im Reimarus-Saal im Haus der Patriotischen Gesellschaft. Das kleine weltanschauungspolitische Theaterstück »Aufgeklärt?!« machte den Auftakt, darauf folgte ein Streitgespräch zwischen **Prof. Dr. Werner Zager** (Evangelische Erwachsenenbildung Worms-Wonnegau) und **Dr. Michael Schmidt-Salomon** (Vorstandssprecher der Giordano-Bruno-Stiftung) zum Thema »Der neue Atheismus«. Anschließend wurde in einer philosophischen Gesprächsrunde der gegenwärtige Populismus und die Frage »Wer ist das Volk?« erörtert. Das Abendprogramm endete mit dem humanistischen Theaterstück »Kristina und Descartes« von Josh Goldberg.

*In den Tee- und Kaffeepausen zwischen den Programmpunkten konnten sich die Besucher*innen des Humanistentags orientieren und austauschen.*

Der dritte Tag des Humanistentags 2019 in Hamburg stand im Zeichen der Jugend. Vorgestellt wurden die Erfahrungen der Organisatoren von Jugendfeiern bzw. Jugendweihe. Ein Highlight bildete der Vortrag von Siri Sandberg (rechts) von der Humanistischen Vereinigung Norwegens.

Oben: Mina Ahadi sprach am zweiten Tag über Ex-Muslime in Deutschland.

Fotos: DHT 2019; Evelin Frerk

Humanistische Vielfalt als Trumpf

Am Freitag, dem 6. September, wurde das Programm auf zwei Veranstaltungsräume ausgeweitet. Bei der Podiumsdiskussion »Organisierter Humanismus?« wurde über die Perspektiven säkularer Gemeinschaften diskutiert. »Säkulare sind individuell. Das muss man erkennen und akzeptieren«, sagte **Rainer Rosenzweig** (KORSO). Es gebe eine breite Diskussion im säkularen Spektrum – wichtig sei es, dort mit einer klaren Stimme zu sprechen, wo es Schnittmengen gebe. **Werner Schultz** (HVD) erklärte, auch innerhalb säkularer Organisationen wie dem Humanistischen Verbands Deutschlands gebe es »eine Menge Diskussionen«, diese Widersprüche müsse man jedoch aushalten. **Dr. Sven Speer** (Forum Offene Religionspolitik) ergänzte, es sei wichtig, Allianzen zu schließen und auf Augenhöhe miteinander zu sprechen, um Konfessionsfreie vor der Politik repräsentieren zu können. Moderator **Helmut Fink** schloss mit dem Fazit: »Es kommt darauf an, in Schlüsselfragen Position zu beziehen.«

Ingrid Matthäus-Maier, ehemalige MdB, thematisierte im Anschluss den Komplex »Menschenrechte oder Kirchenrechte« und zeigte anhand sehr konkreter Fallbeispiele auf, wo die Privilegien und Sonderrechte der Kirchen das Privatleben und das Selbstbestimmungsrecht von Bürger*innen einschränken; insbesondere ging sie auf das kirchliche Arbeitsrecht und die damit verbundene religiöse Diskriminierung am Arbeitsplatz ein – etwa Kündigungen wegen einer zweiten Heirat.

Unterhaltsam multimedial gestaltete der Politologe **Carsten Frerk** seinen Vortrag »Staatsleistungen an die Kirchen – gerechtfertigt?« Die Kurzantwort auf diese Frage laute: »Nein!«, so Frerk – und holte dann bezüglich der Geschichte und Gegenwart der Staatsleistungen doch etwas weiter aus.

Den Abschluss des Freitagsprogramms bildete die Podiumsdiskussion »Menschenrechte bei Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften«. Hier sprachen **Ralf Meister** (Landesbischof der evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannover), **Dr. Hubertus Schönemann** (Leiter der katholischen Arbeitsstelle für missionarische Pastoral, Erfurt), **Waqar Tariq** (Liberal-Islamischer Bund, Berater des Bundesvorstandes, Koordinator Gemeinde Frankfurt a. M.), **Dr. Michael Schmidt-Salomon** (Vorstandssprecher der Giordano-Bruno-Stiftung) und **Baykal Arslanbuga** (Vorstandsmitglied Alevitische Gemeinde Deutschland). Der Konsens des vielfältig besetzten Podiums lautete: Menschenrechte dürfen unter keinerlei Vorbehalt gestellt werden. Meister wies mit Besorgnis darauf hin, dass es weltweit eine Verbindung zwischen Fundamentalismus und Nationalismus gebe. Arslanbuga mahnte, Intoleranz im Namen von Religionsfreiheit dürfe nicht toleriert werden und warnte davor, als Zivilgesellschaft zu spät aktiv zu werden. Menschenrechte seien das Ergebnis jahrhundertelanger Bemühungen und müssen weiterentwickelt werden, aus innerer Dynamik und durch äußeren Druck. Schmidt-Salomon betonte, dass Menschenrechte keine Rechte von Kollektiven seien, Kollektivrechte seien von Individualrechten abgeleitet. Die hierzulande gelebten Werte von Humanismus und Aufklärung seien keine Selbstverständlichkeit, daher müsse man entschieden für sie eintreten.

Humanistische Jugend, humanistische Werte

Der dritte Tag des DHT 2019 blickte auf die humanistische Jugend. In verschiedenen Vorträgen und Präsentationen wurden Jugendweihe und Jugendfeier verschiedener Bundesländer ausführlich vorgestellt. Ein Highlight bildete sicherlich der Vortrag von **Siri Sandberg,** Vertreterin des *Human-Etisk Forbund* – des Human-ethischen Verbandes Norwegens. Sandberg skizzierte anschaulich, wie sich die »Humanistische Konfirmation« in Norwegen von einer »Randerscheinung« zu einem so großen Erfolg entwickeln konnte, dass sich heute jede*r fünfte Jugendliche für eine solche humanistische Zeremonie entscheidet.

Parallel zu dem Jugend-Schwerpunkt veranstaltete die Humanistische Akademie Deutschland eine Tagung zum Thema »Werte fallen nicht vom Himmel.«. Ein ausführlicher Rückblick zur Tagung ist auf den nächsten Seiten nachzulesen.

Einen weiteren Höhepunkt am Samstag bildete außerdem der Themenschwerpunkt »Säkulare Flüchtlingshilfe – warum sie notwendig ist«. **Carsten Frerk** und **Dittmar Steiner** vom gemeinnützigen Verein Säkulare Flüchtlingshilfe e.V. stellten heraus, dass viele Hilfsangebote für Geflüchtete von religiösen Organisationen angeboten werden; spätestens seit 2015 sei deutlich geworden, dass diese Lücke mit Angeboten auch für Geflüchtete gefüllt werden müsste, die dem Islam abgeschworen haben. Eine der wichtigsten Forderungen des Vereins ist die Anerkennung von Apostasie als Asylgrund. Im Anschluss sprachen zwei aus Saudi-Arabien geflüchtete Frauen über ihre Erfahrungen in Deutschland.

Am letzten Tag, dem Sonntag, wurde das Selbstbestimmungsrecht über das eigene Leben und Sterben ausführlich thematisiert. **Gita Neumann** vom Humanistischen Verband Deutschlands referierte zur Wirksamkeit von Patientenverfügungen, **Dr. Florian Willet** und **Claudia Magri** von Dignitas sprachen über menschenwürdiges Sterben in der Schweiz: »20 Jahre nach der ersten Freitodbegleitung einer deutschen Staatsbürgerin in der Schweiz«. Abschließend wurde in einer Paneldiskussion ein Blick in die Zukunft geworfen: § 217 StGB auf der Kippe – was kommt danach?

Humanismus ist politisch

Mit dem DHT 2019 sollte ein Signal für die Verteidigung von Demokratie, Menschenrechten und Toleranz gesetzt werden. Im Anschluss an die Veranstaltung erklärte **Konny G. Neumann,** Vorsitzender des Säkularen Forums Hamburg und Sprecher des DHT 2019: »Das reichhaltige interdependente Themenangebot mit Referentinnen und Referenten aus Wissenschaft, Politik und Kultur unter dem Motto ›Für Menschenrechte und Toleranz‹ machte unter anderem deutlich, dass Menschenrechte ungeteilt sind und nicht durch zum Beispiel religiöse Vorschriften wie die Scharia eingeschränkt werden dürfen, wie es in der Kairoer Erklärung zu lesen ist. Uneingeschränkte Menschenrechte gibt es nur in demokratischen Staaten, aber auch hier ist darauf zu achten, dass Einmischung von außen unbedingt vermieden werden muss.«

Dies sei am Beispiel der Säkularen Flüchtlingshilfe deutlich geworden. Auch in Hamburg seien Geflüchtete, die dem Koran abgeschworen haben, gefährdet, so Neumann. Beim DHT 2019 sei daher beschlossen worden, auch in Hamburg einen Verein zur säkularen Flüchtlingshilfe einzurichten. Dort sollen auch Gespräche mit der Politik zur Sensibilisierung in diesem Bereich geführt werden, so Neumann.

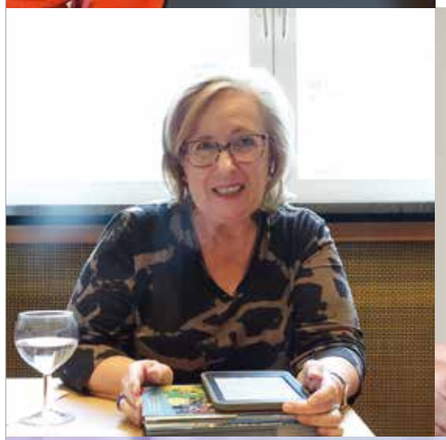
Das Fazit des Veranstalters: Die Zusammenarbeit der säkularen Organisationen mit Wissenschaftler*innen, Politiker*innen sowie Kulturschaffenden habe ein breites Publikum angesprochen und »Ergebnisse gezeitigt, mit denen weitergearbeitet werden kann und muss«.

Fotos DHT 2019: Evelin Frerk

Rechts: Gita Neumann vom HVD sprach am letzten Programmtag über die Wirksamkeit von Patientenverfügungen und deren Scheitern im klinischen Akut- und Notfall.

*Links: Ingrid Matthäus-Maier sprach über Privilegien und Sonderrechte der Kirchen und die daraus resultierende Diskriminierung von Bürger*innen.*

Unten: Prof. Robert Roßbruch bei der Panel-Diskussion »§ 217 StGB auf der Kippe – was kommt danach?«



Links: Ralf Meister, Dr. Hubertus Schönemann, Waqar Tariq, Baykal Arslanbuga und Dr. Michael Schmidt-Salomon sprachen über »Menschenrechte bei Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften«. Moderiert wurde die Podiumsdiskussion von Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast.

Rechts: Am Abend des ersten Tages wurde das humanistische Theaterstück »Kristina und Descartes« von Josh Goldberg aufgeführt.

Werte fallen nicht vom Himmel

Rückblick auf die HAD-Tagung auf dem Humanistentag 2019

Von Tina Bär und Ralf Schöppner

Bei der Tagung der Humanistischen Akademie Deutschland auf dem Humanistentag 2019 in Hamburg ging es um die Fragen, ob und wie Werte vermittelt werden können und welche Rolle die Institution Schule mit ihrem in der Bundesrepublik sehr heterogenen Angebot von Wertefächern dabei spielt. Ein Rückblick auf die Tagung.

Foto Podium: DHT2019/Eva Kosmack

Über Religionsunterricht, Ersatzfächer und Formen von Humanismus-Unterricht sprachen und diskutierten (v.r.n.l.) Silvana Uhlrich-Knoll, Lutz Renken und Werner Schultz. Moderiert wurde das Podium von Tina Bär.

Wenn Werte nicht vom Himmel fallen, wo kommen sie dann her? Diese Frage stellte Ralf Schöppner, Geschäftsführender Direktor der Humanistischen Akademie Deutschland in seinem Einführungsvortrag zur Tagung und bot einige Kandidatinnen an: ein ideales Reich der Vernunft oder der Geltung, Natur, Kultur, Gesellschaft und Deliberation. Außerdem warf er einen kritischen Blick auf die Allgegenwärtigkeit des Wertediskurses, auf dessen Gefahren wie Potenziale. Zum einen seien die an diesem Diskurs Beteiligten oftmals von dem Bedürfnis geleitet, die je eigenen Werte autoritativ für alle anderen verbindlich machen zu wollen. Zum anderen aber gehe es den Beteiligten wenigstens um etwas, sie seien nicht gleichgültig, sondern engagierten sich für wichtige Fragen und Probleme des Zusammenlebens.

Einen umfassenden Einblick in die schulische Praxis erhielten die Gäste von Christina Gruhne in ihrem Vortrag »Werte machen Schule. Chancen und Grenzen schulischer Werteförderung«. Die Gymnasiallehrerin und Fachseminarleiterin am Studienseminar Potsdam entwickelte anhand eines praktischen Beispiels aus der kollegialen Praxis einer Brandenburger Schule eine ganze Reihe von Thesen dazu, was Werte sind und wie sie entstehen, z.B.:

- Wertsetzungen erfolgen durch subjektive Zuschreibungen.
- Auch Gruppen, Gemeinschaften, Gesellschaften bilden Werte aus, um ihr Zusammenleben zu optimieren.
- Werte sind Vorstellungen von persönlich wie gesellschaftlich Wünschenswertem.
- Menschen bilden Werthierarchien aus, die immer in konkrete Situationen eingebunden sind. Werthierarchien sind auch abhängig von der Gruppe, welche in der entsprechenden Situation involviert ist.
- Werte geben Orientierung und sind veränderbar.

Weiter nannte die Referentin Faktoren, die im Laufe der Persönlichkeitsentwicklung Heranwachsender einen Einfluss auf die Bildung der Werthaltung ausüben (gesellschaftliche Rahmenbedingungen, Familie, Peers, Medien u.a.) und ging die verschiedenen Ansätze zum Wertelernen von Heranwachsenden durch. Heute halte man insbesondere das Wertelernen am Vorbild und erfahrungs- und handlungsorientierte Ansätze für aussichtsreich. Man müsse demnach Kindern und Jugendlichen vor allem die Möglichkeit geben, ihren Werten praktisch Ausdruck zu verleihen, statt nur darüber zu reden oder zu belehren. Gruhne hielt auch ihre kritische Einschätzung des Wertelernens in eigens dafür konzipierten Schulfächern nicht zurück und plädierte für ein Gesamtkonzept verschiedener Formen indirekter und direkter Wertebildung im Gesamtsystem Schule, in dem Aspekte wie die Vorbildfunktion der Lehrer*innen und eine werteorientierte Schul- und Konfliktkultur ebenso eine Rolle spielen wie ein fächerübergreifendes Engagement für Wertebildung oder etwa den regulären Unterricht ergänzende Projekte.

Das thematisch profilierte Publikum fragte, ob man nicht unterscheiden müsse zwischen guten und schlechten Werten, problematisierte Wertungsdifferenzen – z.B. Eltern versus Peers oder Alteingesessene versus Zugezogene – und stellte den Wertediskurs unter Neoliberalismusverdacht. Gruhne hatte von Anfang an auf die Anstrengung verwiesen, in pluralistischen Gesellschaften Werte immer wieder aushandeln zu müssen, selbst wenn dies anstrengend und aufreibend sei. Als in einigen Wortmeldungen auf nichtverhandelbaren Werten beharrt wurde, ergänzte sie, dass bei Verstößen gegen universelle Werte selbstverständlich deutlich und klar sanktioniert werden müsste. Allerdings dürften auch diese Sanktionen wiederum den bestehenden Wertekonsens oder die universellen Werte nicht verletzen. Wenn einer Gruppe beispielsweise Respekt ein wichtiger Wert sei, müsse also auch respektvoll sanktioniert werden. Wenn Menschenwürde ein nicht verhandelbarer Wert ist, dann dürfte diese auch bei Sanktionen nicht verletzt werden. Letztlich trügen alle Menschen einer Gruppe oder Gesellschaft die Verantwortung, für gemeinsame Werte einzustehen und danach zu handeln. Wichtiger als über Werte zu reden sei also, diese auch im Alltag zu leben, so das Fazit.

»Das zentrale Argument für einen gemeinsamen Ethik-Unterricht war, dass es in einer pluralistischen Gesellschaft besser sei, wenn die Kinder sich in einem gemeinsamen Ethik-unterricht miteinander auseinandersetzen, anstatt aufgeteilt nach Religion und Weltanschauung nur getrennt in einzelnen Gruppen.«

Welche Formen von Humanismusunterricht?

Tina Bär von der Humanistischen Akademie Deutschland leitete das anschließende Podium »Welche Formen von Humanismusunterricht?« ein mit einem Überblick über die verschiedenen Formen von Religions- und Weltanschauungs- sowie Ethikuntericht in der Bundesrepublik. Von Versuchen eines gemeinsamen Werteunterrichts in unterschiedlicher Trägerschaft mit allen Schüler*innen bis hin zum klassischen verpflichtenden Religionsunterricht, von dem man sich mit je nach Bundesland variierendem Schwierigkeitsgrad für mehr oder weniger gut ausgebaute Ersatzfächer abmelden kann, haben die Bundesländer sehr unterschiedliche Lösungen gefunden. Drei davon wurden von den Gästen auf dem Podium, die gängige Positionen des humanistisch-säkularen Spektrums repräsentierten, exemplarisch diskutiert: Lutz Renken vom Humanistischen Verband Niedersachsen vertrat die Variante des nicht-bekenntnisorientierten Ersatzfachs »Werte und Normen«, Werner Schultz vom Humanistischen Verband Berlin-Brandenburg das sogenannte Berliner Modell mit dem fakultativen Bekenntnisfach Humanistische Lebenskunde in den Klassen 1–6 und dem gemeinsamen Fach Ethik in Klasse 7–10; Silvana Uhlrich-Knoll vom Dachverband freier Weltanschauungsgemeinschaften plädierte für ein gemeinsames Ethikfach für alle anstelle von separatem schulischem Religions- und Weltanschauungsunterricht.

In der Diskussion war den Podiumsteilnehmenden ihr Anliegen deutlich anzumerken, unterschiedliche Modelle in unterschiedlichen Bundesländern zu tolerieren. Alle Lösungen hätten ihre Vor- und Nachteile, aber alle ihre – vor allem pragmatisch begründete – Rechtfertigung im Rahmen der jeweils bestehenden Möglichkeiten. Dass es in einer pluralistischen Gesellschaft besser sei, wenn die Kinder sich in einem gemeinsamen Ethikunterricht miteinander auseinandersetzen, anstatt aufgeteilt nach Religion und Weltanschauung nur getrennt in einzelnen Gruppen, war das zentrale Argument – im Publikum wie auf dem Podium – für einen gemeinsamen Ethik-Unterricht. Für ein Bekenntnisfach Humanistische Lebenskunde, wählbar als gleichberechtigte Alternative zum ebenso weiterhin stattfindenden Religionsunterricht, wurde neben dessen Freiwilligkeit und der Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Integration von Religion und Weltanschauung im schulischen Rahmen vor allem angeführt, dass dieser – anders als der »nüchterne« Ethikunterricht – für humanistisches gesellschaftliches Engagement motivieren und in authentischer Weise orientierende Sinnangebote machen könne. Die pädagogisch durchaus naheliegende Frage, welche Unterrichtsform gerade aufgrund ihrer geringsten »Unterrichtsförmigkeit« (z.B. keine Benotung) am besten für Werteförderung geeignet sei, wurde erstaunlicherweise nicht vertieft.

Kritik am »Religionsunterricht für alle«

Der dritte und letzte Teil der Tagung zielte darauf ab, das Thema nochmals vor dem lokalen bzw. regionalen Hintergrund zu vertiefen. Ausgehend von der generellen Bejahung eines integrativen Werteunterrichts für alle Kinder kritisierte Gisela Schröder vom Säkularen Forum Hamburg in ihrem Vortrag den sogenannten »Religionsunterricht für alle« (RUFA) in der Hansestadt. In diesem von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland verantworteten Unterricht mit Abmeldemöglichkeit werden die Schüler der Klassen 1-6 gemeinsam im Klassenverband unterrichtet (danach ist er Wahlpflichtfach mit Philosophie als Alternative). Schröder bemängelte vor allem, dass es den Konfessionsfreien (ca. 50 Prozent in Hamburg) verwehrt werde, an der Gestaltung des »Religionsunterrichts für alle« mitzuwirken und dass die Inhalte auf Religion zentriert und wenig bis gar nicht ansprechend für konfessionsfreie Kinder seien.

In der Diskussion wurde darüber hinaus deutlich, dass für viele Teilnehmende ganz prinzipiell die Tatsache von verpflichtendem Religionsunterricht an öffentlichen Schulen in Deutschland inakzeptabel ist. Beifall erhielten Publikumsbeiträge wie »Religion raus aus der Schule« oder Forderungen nach stärkerer schulischer Konzentration auf Naturwissenschaften und Evolutionstheorie. Auf dem von Christian Lührs (Säkulares Forum Hamburg) moderierten Podium hielt Kurt Edler, ehemaliger Referatsleiter am Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung in Hamburg und Koordinator der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik, dagegen: Religiös-weltanschauliche Neutralität des Staates bedeute auch, dass Religionen sich in einem Bekenntnisunterricht selbst erklären dürften; religiöse Unbildung sei ein Einfallstor für Extremismus; auch sei es besser, das »Ganze« zusammenzuhalten, anstatt zum Weltanschauungskampf aufrufen. Allerdings war man sich auf dem Podium einig, dass es beim Hamburger RUFA deutlichen Nacharbeitungsbedarf in Sachen Pluralismustauglichkeit gäbe. Insbesondere die anderen beiden Podiumsgäste Barbara Brüning (Universität Hamburg) und Katharina Neef (Universität Leipzig) gaben ihrer Sorge vor religiöser Überwältigung im Unterricht Ausdruck und plädierten für eine angemessenere Berücksichtigung der Philosophie im RUFA, anstelle der einseitigen theologischen Konzeption.

Insgesamt wurde auf der Tagung die Kontroverse um den Werteunterricht in Deutschland, insbesondere derjenigen im säkular-humanistischen Spektrum, deutlich artikuliert und in argumentativer Breite sehr reflektiert ausgetragen. Konsens oder gar eine einheitlich favorisierte Lösung deuteten sich – wie durchaus erwartet – nicht an.

Dabei ließ sich nicht ganz der Eindruck vermeiden, dass so mancher am Thema Werte interessierte Mensch durchaus dazu zu neigen scheint, schnell, viel und gelegentlich allzu apodiktisch zu bewerten. Vielleicht aber gehört zu einem humanistischen Diskurs über Werte auch die Fähigkeit zu einer temporären und partiellen Wertungsabstinenz; eine Art aufklärerische Befreiung vom automatischen Impuls des eigenen Bewertens, ein noch deutlicheres, zeitweiliges Verharren in der gemeinsamen Reflexion.

Die Tagung wurde gefördert von der Bundeszentrale für politische Bildung. Dieser Rückblick erschien zuerst auf den Seiten der Humanistischen Akademie Deutschland.

Band 12 in der Schriftenreihe der Humanistischen Akademie Berlin-Brandenburg:

Humanistische Identität heute

Herausgeber: Ralf Schöppner

Nicht nur angesichts der notorischen politischen Rechtslastigkeit von »Identität« kann humanistische Identität heute nur auf ein kritisch abgerüstetes Identitätskonzept zielen. Auch die Geschichte des Humanismus legt ein Konzept offener, dialogischer und fragiler Identitäten nahe.

Der Band problematisiert zum einen die Formgestalt humanistischer Identität heute: Formen von Zugehörigkeit, Eskalationspotentiale starker Selbstidentifikationen, das Verhältnis von Universalismus und Identitätspolitik.

Zum anderen werden Inhalte einer solchen Identität diskutiert: Einstellungen und Präferenzen, Menschenrechte und kulturelle Vielfalt, Religionsfreiheit und Feminismus, (digitale) Selbstbestimmung, humanistischer Umgang mit Sterblichkeit und Tod.

Humanistische Akademie Berlin-Brandenburg

12

Bald wieder Hilfe in Suizidkonflikt-Fällen möglich – im Rahmen humanistischer Seelsorge?

Von Gita Neumann

Der 2015 eingeführte »Suizidhilfeverhinderungs-Paragraph« § 217 StGB (Strafgesetzbuch) dürfte bald keinen Bestand mehr haben. Dann wären wieder humanistische Angebote im Suizidkonfliktfall ohne Strafandrohung möglich. Doch wie sollte diese konzipiert sein – eher als humanistische »Seelsorge« oder als »Beratung« mit praktischen Empfehlungen?

Eine vom Bundesverfassungsgericht (BVerfG) für Anfang 2020 angekündigtes Urteil angekündigte Entscheidung dürfte darauf hinauslaufen, dass den Beschwerden von Ärzt*innen, Patient*innen und Sterbehilfegesellschaften gegen den § 217 StGB (»Förderung der Selbsttötung«) weitgehend Folge geleistet wird. In der BVerfG-Anhörung im April dieses Jahres schienen die Karlsruher Richter*innen ein offenes Ohr für die Situation der betroffenen Schwerstkranken zu haben. »Für diese Menschen brauchen wir einen Weg«, so der Vorsitzende, Prof. Dr. Andreas Voßkuhle.

BVerwG-Urteil wegweisend – aber zu eng

Bereits 2017 hatte zudem das Leipziger Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) entschieden, dass das BfArM – ein dem Bundesgesundheitsministerium nachgeordnetes Institut – den Erwerb des »Suizidmittels« Natrium-Pentobarbital (NaP) in extremen Ausnahmefällen erlauben kann. Das heißt, nur wenn mit einer schweren und unheilbaren Erkrankung unerträgliche und sonst nicht linderbare Leidenszustände verbunden wären. Dabei bestätigten die Leipziger Richter*innen 2019 allerdings, dass weiterhin der allgemeine Leitsatz gilt: »Der Erwerb eines Betäubungsmittels zum Zweck der Selbsttötung ist gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 6 BtMG grundsätzlich nicht erlaubnisfähig.«

In seiner Publikation »Am Ende des Weges« hatte auch der Humanistische Verband Deutschlands (HVD) vorgeschlagen, eine Abgabe von NaP (ein in der Schweiz bewährtes Suizid-Mittel) von Sorgfaltsprüfungen abhängig zu machen – allerdings nicht nach so engen Ausnahmekriterien von einer weiterhin geltenden »Nicht-Erlaubnisfähigkeit«. Denn damit wären jedenfalls Menschen ausgeschlossen, die im multimorbiden Alter, ohne bereits todkrank zu sein, einen sehr schweren Lebensabschnitt in Würde zu bewältigen haben. Zudem besagt ein viel weiterreichendes HVD-Postulat: Der ursprüngliche, seit 1851 bis 2015 geltende Zustand soll wiederhergestellt werden, als es nämlich gar keine Beihilfe-Rechtsregelung zur Selbsttötung gab, einer ja straffreien »Haupttat«. Dann bliebe die Hilfe (mit welchen Mitteln auch immer, wenn NaP unverfügbar ist) bei jedem Suizidenten unabhängig von Art oder Stadium einer Erkrankung zulässig – sofern seine nötige Freiwillensfähigkeit und eigene Tatherrschaft verbürgt wären.

Chronik der Suizidhilfe in Deutschland
Mit Augenmerk auf Aktivitäten des Humanistischen Verbands Deutschlands – Bundesverband (HVD)

1984

Erster öffentlich wirksamer Fall ärztlicher Suizidassistenz in Deutschland: Der Chirurg Prof. Julius Hackethal hilft seiner durch Gesichtskrebs schwer gezeichneten Patientin Hermy E. mittels Zyankali zum Freitod. Es folgen Prozesse, er wird am Ende nicht verurteilt.

1987–1993

Hackethal hat ein striktes moralisches Tabu verletzt, aber keinen Strafrechtsparagraphen, denn einen solchen gibt es in Deutschland damals nicht. Dementsprechend erklärt ein Gerichtsbeschluss des OLG München die Suizidhilfe mittels Zyankali im Fall Hermy E. für gesetzeskonform. Das Gift geliefert hatte Hans-Hennig Attrott, Begründer der Deutschen Gesellschaft für Humanes Sterben (DGHS). Er wird 1993 wegen wiederholtem Verkauf von Zyankali und sonstigen Suizidmitteln an DGHS-Mitglieder verhaftet. Es kommt auch zu einer Verurteilung, dies ist jedoch »nur« wegen Steuerhinterziehung möglich.

1995–2000

Zunehmende Finanzierung von Einrichtungen und Diensten der erstarkten Hospizbewegung, die jeder Form von »Hilfe zum Sterben« entschieden entgegentritt und ihre »Begleitung beim Sterben« als Alternative dazu etabliert. Die DGHS hat sich völlig aus der Praxis der Suizidhilfe zurückgezogen.

2005–2009

Eine deutsche Außenstelle der Schweizer Suizidhilfeorganisation DIGNITAS wird 2005 in Hannover eröffnet. Der Verein Sterbehilfe Deutschland wird 2009 in Hamburg gegründet. Es folgen politische Bemühungen durch verschiedene Gesetzentwürfe, Suizidhilfe in Deutschland nicht nur durch diese beiden Vereine, sondern gleich umfassender zu verbieten. (Sie bleiben alle bis 2015 erfolglos.)

2012

In der Schriftenreihe der Humanistischen Akademie Berlin erscheint Band 5 »Suizidhilfe als Herausforderung« mit Beiträgen von fünf Ärzten, die der Suizidassistenz zuneigen (U. Ch. Arnold, J.-F. Spittler, H. Klähn, M. de Ridder, M. Strätling) und mit dem Beitrag zur humanistischen Praxis »Suizidprävention, -konfliktberatung und -begleitung« von G. Neumann.

Foto Hände: MaxPixel (CC0)

Suizidkonflikthilfe im Rahmen humanistischer »Seelsorge«

Erste Ansätze einer ergebnisoffenen Suizidkonfliktberatung des HVD in Berlin mussten sofort nach Inkrafttreten des § 217 StGB eingestellt werden. Einigkeit bestand und besteht heute darin, die Betroffenen in ihrer Not vorbehaltlos anzunehmen, so dass sie offen über alles sprechen können und keine Tabuisierung oder gar Sanktionierung zu erwarten haben. Ein solches Angebot hätte das Alleinstellungsmerkmal – anders als im hospizlichen und kirchlichen Bereich sowie in Sozial- und Gesundheitseinrichtungen aller Art –, nicht vorab auf Lebensbewahrung festgelegt zu sein. Gerade dadurch hat es – wohl nicht minder als die klassische »Selbstmord-Verhütung« – suizidpräventive Potenziale. Diese müssten die Klient*innen im Sinne der humanistischen Psychologie, namentlich der von Carl R. Rogers entwickelten Gesprächstherapie, allerdings selbst, das heißt von sich heraus entfalten. Dazu werden ihre Äußerungen, Stimmungen und Befindlichkeiten gemeinsam genauer betrachtet. Dies ist auch das Konzept einer humanistischen Seelsorge bzw. Krisenhilfe [1], wie sie vom HVD-Landesverband Niedersachsen angeregt und gefordert wird. In diesem Rahmen wäre auch die Suizidthematik sinnvoll eingebettet. Dabei ist »lediglich« eine völlig ergebnisoffene, unbedingt wertschätzende Haltung der humanistisch orientierten Gesprächspartner*innen vonnöten. Sie haben – unbeeinträchtigt von eigenen moralischen, sympathieabhängigen oder sonstigen Kategorien – der Selbsteinschätzung von (potenziell) Suizidwilligen zur Darstellung und Reflexion zu verhelfen. Es ist damit umzugehen, dass die Milderung von Notlagen an gesellschaftlich und strukturell unzureichenden Möglichkeiten scheitern kann. Eine solche Gesprächskultur hat auch schwer nachvollziehbare Gedanken und Gefühle auszuhalten und anzunehmen. Das Ergebnis ist, dass der verzweifelte Mensch sich wertgeschätzt fühlt und Vertrauen schöpfen kann, was er vielleicht sehr lange nicht oder nie in diesem Maße erfahren hat. Ein vertieftes Verstehen kann ermöglichen, die eigenen Handlungsspielräume zu erweitern.

1 Siehe: »Sinnfindung und Sorge ums Seelische: Humanistische Krisenbewältigung« von Gita Neumann in: Freier Blick – Deutscher Humanistentag 2019, Alibri Verlag, S. 64–71

»Beratung« beinhaltet auch praktische Problemlösung

Bei einer überwältigenden Mehrheit von ca. 90 Prozent sind vollendete oder gescheiterte Suizide Folge von – gegebenenfalls vorübergehender oder behandelbarer – Depression, Drogen-/Alkoholsucht oder vielleicht auch von linderbaren Schmerz-Leidenszuständen. Nur bei einer kleinen Minderheit handelt es sich um freiverantwortliche, wohlabgewogene Bilanzsuizide. Als Beispiele für Konfliktlagen seien genannt, den Zeitpunkt des Suizidvorhabens zu bestimmen bzw. dieses an Bedingungen zu knüpfen, die Angehörigen oder familiäre Ereignisse zu berücksichtigen oder den eigenen Impulsen zwischen Angst und Hoffnung Raum zu geben.

Ob überhaupt weiterführende Hilfsangebote in Form einer Beratung vorgehalten werden sollten, ist fraglich. Dann würden die Klient*innen erwarten (dürfen), dass eine qualifizierte Problemlösung beziehungsweise die Weitergabe von Informationen erfolgt. Sollte gar die Vermittlung entsprechender Medikamentenbeschaffung und (informeller oder ärztlicher) Suizidbegleitung in Aussicht gestellt werden? Nur dann würde es sich um ein Angebot handeln, für welches der Begriff der Suizidkonflikt-Beratung (analog zur Schwangerschaftskonflikt-Beratung) angemessen ist. Andernfalls wäre wohl einem Begriff wie Suizidkonflikt-Hilfe oder -Sorge der Vorzug zu geben.

Gita Neumann (geb. 1952) ist Dipl.-Psychologin, Sozialwissenschaftlerin und Philosophin und Mitglied der Akademie für Ethik in der Medizin (AEM, Göttingen). Sie publiziert u.a. zu Patientenautonomie, Religions- und Weltanschauungsfragen, Lebens- und Sterbehilfe. E-Mail: gita.neumann@humanismus.de.

Foto Hände: MaxPixel (CC0); Foto Neumann: Hoffotografen

2015

Im Dezember wird die sogenannte geschäftsmäßige Förderung der Selbsttötung in einem neuen § 217 StGB (Strafgesetzbuch) verboten. Erste Ansätze einer ergebnisoffenen Suizidkonfliktberatung des HVD müssen sofort nach Inkrafttreten des § 217 StGB eingestellt werden. Das Anleitungsbuch »WOZZ« (niederländische Abkürzung), welches vom HVD bis dato interessierten, zur Suizidassistenz bereiten Ärzt*innen und – nach Beratung – Mitgliedern bundesweit überlassen wurde, bleibt unter Verschluss. (Denn sonst würde es sich um eine nunmehr strafbewehrte »Förderung« handeln.)

2016

Gegen die neue Verbotsnorm des § 217 StGB legen Ärzt*innen, schwerkranke Patient*innen sowie die beiden o.g. Sterbehilfevereine Verfassungsbeschwerde ein. In zwei – vom Bundesverfassungsgericht erbetenen – Stellungnahmen unterstützt der HVD alle Beschwerden. Er führt dabei unter anderem zur Verfassungswidrigkeit des § 217 StGB aus, dass dieser viel zu unbestimmt ist, um Rechtssicherheit darüber zu schaffen, was nun eigentlich für wen verboten sein soll.

2017

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig entscheidet nach zwölfjährigem Rechtsstreit in letzter Instanz: Das staatliche Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) dürfe – im »extremen Einzelfall« – auf Antrag todkranker Patient*innen das Mittel Natrium-Pentobarbital zu deren Selbsttötung nicht in jedem Fall verweigern. Der HVD begrüßt diesen Schritt, während Vertreter*innen der Kirchen, Ärzteschaft, Hospizbewegung und Politik sich empört zeigen über angeblich nunmehr staatlich zu unterstützende Selbsttötungen.

2018

Durch Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) wird eine schriftliche Anweisung an das BfArM erteilt, alle inzwischen etwa 120 Anträge von Schwerstkranken zum Erhalt von Natrium-Pentobarbital abzulehnen. Er wolle erst das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu § 217 StGB abwarten. Spahn verhindert somit durch einen »Nicht-Anwendungserlass«, dass ein rechtskräftiges Urteil des obersten deutschen Verwaltungsgerichts umgesetzt wird.

2019

Eine in Stellungnahmen des HVD in den Jahren 2012 und 2014 wiederholt geforderte Klärung erfolgt endlich im Juni 2019: Der Bundesgerichtshof (BGH) bestätigt die Freisprüche der beiden Ärzte Dr. Spittler und Dr. Turowski. Sie hatten Suizidentinnen bis zu deren Tod begleitet (jeweils vor 2015, also unabhängig von § 217 StGB) und waren – mangels eines eigenen Straftatbestands – paradoxerweise wegen »Tötung auf Verlangen durch Unterlassen« jeweils von der Hamburger und der Berliner Staatsanwaltschaft angeklagt worden.

2020

Ab Anfang des Jahres kann damit gerechnet werden, dass das Bundesverfassungsgericht den § 217 StGB zumindest in der derzeitigen Fassung nicht gelten lassen wird. Der HVD wird sich 2020 entscheiden müssen, ob er und, wenn ja, welches Suizidkonflikt-Konzept er (erneut) auf den Weg bringen will. Es könnte etwa im Rahmen einer humanistischen Seelsorge/Krisen- und Konflikthilfe angesiedelt sein, wie sie vom HVD-Landesverband Niedersachsen (»Auricher-Erklärung«, 2019) gefordert wurde.

Humanistische Vorbilder
Käthe aus Oldenburg

Von Lutz Renken

Wenn Humanist*innen an Vorbilder im Sinne der Entwicklung humanistischer Ideen denken, dann fallen ihnen Sokrates oder Epikur ein, aus der Zeit der Aufklärung Immanuel Kant (»Sapere aude!«), die schottischen Moralphilosophen Locke, Hobbes und Hume und natürlich Charles Darwin, der die (göttliche) Sonderstellung des Menschen endgültig zu Fall brachte. Doch eigentlich ist die Praxis, der gelebte Humanismus, viel interessanter. Und dafür muss man nicht auf bekannte Vorbilder zurückgreifen. Unfehlbare Leitfiguren oder gar Heilige kennt der Humanismus ohnehin nicht. Viel wichtiger sind die Menschen, die uns im Alltag begegnen, die das Leben annehmen, Fehler machen, diese eingestehen und an ihren Erfahrungen wachsen. Dazu ist kein Studium der Philosophie oder der humanistischen Ideengeschichte nötig. Ein solches humanistisches Vorbild ist **Käthe Nebel.**

Käthe ist ein langjähriges Mitglied des HVD Niedersachsen, Ortsgruppe Oldenburg, und nimmt dort regelmäßig an Gesprächskreisen und anderen Veranstaltungen teil. Ihre inzwischen 88 Jahre Lebenserfahrung bringt sie gerne in die Diskussionen und Gespräche ein. Sie ist wissbegierig, was Ansichten, Haltungen und Empfindungen anderer betrifft, offen gegenüber neuen Ideen, Erfahrungen und Erkenntnissen. Ihr macht die Begegnung mit Menschen Freude. Sie scheut sich nicht, ihre eigene Meinung kundzutun, zu begründen und der Kritik durch andere auszusetzen. Dazu passt auch, dass ihre meinungsstarken Leserbriefe in Oldenburg legendär sind. Sie setzt sich jedoch nicht nur innerhalb vermeintlich gleichgesinnter Kreise mit anderen Ideen und Haltungen auseinander. Käthe organisierte kritische Lesekreise, in denen bereits die Bibel, der Koran und Hitlers »Mein Kampf« gelesen wurden. Sie sucht den Austausch mit Menschen anderer Kulturen und Religionen, mit denen sie zum Teil freundschaftlich verbunden ist.

Solche Beschreibungen können allerdings nicht viel mehr sein als ein »Schnappschuss« eines Menschen; sie erzählen wenig über ihn. Zu einem Vorbild wird ein Mensch gerade dann, wenn man einige Stationen auf seinem Lebensweg betrachtet, mit allen Brüchen und Widersprüchen.

Käthe wurde seit ihrem vierten Lebensjahr allein von ihrer Mutter, einer Köchin, in der Mark Brandenburg aufgezogen. Gern erzählt sie, dass sie etwa in diesem Alter einen »Gottesbeweis« erlebte, der sie eine Zeit lang sehr prägte. Damals entdeckte sie ein Radieschen in Nachbars Garten, dachte sich nichts dabei, nahm es und wusch es sauber. Als ihre Mutter das bemerkte, nahm sie Käthe zur Seite, und sagte ihr, dass dies Diebstahl und damit verboten sei: Gott sähe das alles und sei nun böse auf sie. Im gleichen Moment blitzte und donnerte es. Die Mutter nutzte die Gunst des Augenblicks und sagte: »Siehst du, Käthe, das ist Gott, der ist nun sehr wütend!« Als Käthe aber in der vierten Klasse der Volksschule von der Wissenschaft der Astronomie erfuhr, mit den Sternen und Planeten am Himmel, und von Gewitterblitzen als elektrische Entladungen, da erkannte sie, dass das Reden von Gott und den Engelein nicht stimmen könne.

Allerdings nahm sie andere Ideen von ihrer Mutter und aus der Schule umso unkritischer an: Juden und damals so bezeichnete »slawische Untermenschen« seien den »Ariern« – der »Rasse«, der sie anzugehören glaubte – unterlegen und weniger wert. Sie glaubte wie ihre Mutter, dass sie im Osten neuen Lebensraum und wirtschaftlichen Erfolg finden würden. Ihre Mutter nahm sie noch im November 1944 mit nach Osten über die Oder, um dort »gutes Geld« zu verdienen und eine Zukunft aufzubauen. Doch es kam anders. Zu Käthes großer Überraschung waren die »slawischen Untermenschen« siegreich, die Front kam näher und überrollte sie geradezu. Sie wurde unter Todesangst und -gewissheit Zeugin, wie die Männer im Dorf erschossen wurden, die Frauen vergewaltigt und ausgeraubt. Ihr Weltbild geriet ins Wanken.

Nach ihrer Vertreibung im Herbst 1945 in Oldenburg angekommen, las sie in der *Nordwestzeitung* den Fortsetzungsbericht »Das Lager von Treblinka«. Sie fiel nach ihren eigenen Worten »vom Olymp« und war vom Glauben an die Nazi-ideologie »geheilt«. Sie hatte gelernt, wie schlecht Menschen sein können – auch sie selbst.

Lehrerin, Mutter, Umweltaktivistin

Als junge Frau lernte und arbeitete sie zunächst in Oldenburg und ging dann als Volksschullehrerin ins Umland, nach Ahlhorn, wo sie mit ihrer Mutter wohnte. Als alleinstehende Frau adoptierte sie damals ein Baby. Dessen Mutter hatte es bereits vor der Geburt zur Adoption freigegeben – und da es von einem »afrikanischen« Vater stammte, wollte es sonst niemand haben. Als es sich am Ende als nicht schwarz herausstellte, wie alle erwartet hatten, kümmerte sie das nicht weiter.

In Ahlhorn sah sie Anfang der 1970er Jahre die Umwelt von den Abgasen einer Erdgasaufbereitungsanlage beeinträchtigt und wollte etwas dagegen unternehmen. Sie gründete einen Verein, bildete sich fort, damit sie die chemischen Prozesse

Foto Nebel: DHT 2019/Evelin Frerk

besser verstehen konnte, um bei den Anhörungen gute Sachargumente vorbringen zu können. Sie musste gegen große Widerstände und persönliche Angriffe kämpfen, doch am Ende sorgten sie und ihre Vereinskamerad*innen schließlich dafür, dass dieser Betrieb durch den Einsatz einer Entschwefelungsanlage zu einem weltweiten Vorbild wurde, der sogar Ingenieure und Politiker aus Japan in die Oldenburger Provinz reisen ließ. In den 80er und 90er Jahren setzte sie sich dann ebenso beherzt in der Antiatomkraftbewegung ein. Einschließlich durch Blockierung von Bahnschienen, was mehrfach zu Verhaftungen führte. Vom Richter nach ihrer Motivation gefragt, erwiderte sie, dass sie sich in der Nazizeit für dumm hatte verkaufen lassen, damals alles guthieß und mitmachte. Nun sei sie aber aufgewacht, wolle genau hinschauen, auf ihr Gewissen hören und sich einmischen.

In ihrer Tätigkeit als Volksschullehrerin bemerkte sie schon in den 1960er Jahren, dass einige ihrer Schüler*innen keine angemessene Kleidung oder Schulzeug hatten. Sie organisierte, dass man ihnen etwas schenkte – denn Überfluss an guter, gebrauchter Kleidung und anderen Dingen gab es eben auch. Daraus entwickelte sich dann der »Tag des offenen Kellers«, an dem Käthe die von ihr gesammelten Dinge an alle verschenkte, die sie benötigen konnten. Als sie nach dem Tod ihrer Mutter, die sie bis zuletzt pflegte und beim Sterben begleitete, als Rentnerin schließlich wieder nach Oldenburg zog, eilte ihr der Ruf als Verschenke-Organisatorin voraus. Sie sammelte auch dort und verschenkte alles aus ihrem Fahrradanhänger heraus – zunächst auf Flohmärkten, später dann als Vereinsgründerin des vermutlich ersten Verschenkmarktes im Rahmen der »Agenda 21«.

Für Käthe stellt der § 217 StGB einen unzumutbaren und grundgesetzwidrigen Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht dar.

Foto Markt: Sascha Stüber; Foto Renken: Privat

Wieder einmal hatte sich aus praktischem, beherztem Tun etwas Vorbildliches entwickelt, das die Aufmerksamkeit von Presse und Fernsehen erweckte. Für dieses Engagement wurde ihr später, im Jahr 2008, das Bundesverdienstkreuz verliehen.

Ende der 1990er Jahre wurde Käthe auf ein Fortbildungsangebot der evangelischen Kirche in Oldenburg aufmerksam, welches sich mit der Begleitung von Sterbenden beschäftigte. Da sie ihre Mutter gepflegt und begleitet hatte, wollte sie nun lernen, wie es »richtig geht«. Es war eine gute und lehrreiche Erfahrung. Am Ende wurde auch sie als Absolventin des Kurses gefragt, ob sie sich vorstellen könne, im ambulanten Hospizdienst ehrenamtlich tätig zu sein. Sie tat es gerne und mit Freude. Die Tatsache, dass sie als bekennende Atheistin nicht mit den Menschen beten könnte, störte niemanden.

Einige Jahre später berichtete sie in einem öffentlichen Vortrag der Oldenburger Humanisten von ihrer Erfahrung, wie sie ihre Freundin Eva in die Schweiz zur Sterbehilfeorganisation Dignitas nach Zürich begleitete, wo diese dann ihr Leben beendete. Der Vortrag stieß auf ein großes öffentliches Interesse, sorgte aber auch dafür, dass sie nicht weiter ehrenamtlich für den Hospizdienst arbeiten durfte. Für Käthe war die Begleitung ihrer Freundin jedoch kein Widerspruch zu ihrem ehrenamtlichen Einsatz, sondern nur eine konsequente Begleitung eines Menschen, der von seinem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch machte.

Heute setzt sie sich vehement für die Abschaffung des Paragraphen 217 ein, der die sogenannte geschäftsmäßige Sterbehilfe unter Strafe stellt und damit Hilfe und Beratung leidender Menschen am Lebensende erschwert. Für Käthe Nebel ist dies ein unzumutbarer und grundgesetzwidriger Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Menschen. Sie will selbst entscheiden dürfen, wann sie geht.

Doch noch ist es nicht so weit. Trotz erheblicher Einschränkung ihres Sehvermögens und dem Angewiesensein auf die Hilfe anderer versprüht sie Lebensfreude. Die bewusste Art, wie sie ihr Leben führt und zu schätzen weiß, inspiriert weiter alle, die mit ihr diskutieren, staunen und lachen.

Die ursprüngliche Version dieses Textes von Lutz Renken wurde im *Loccumer Pelikan* veröffentlicht, der Zeitschrift des Religionspädagogischen Instituts (RPI) der evangelischen Landeskirche Hannovers. Die Ausgabe 3/2019 behandelt den Schwerpunkt »Biografien entdecken – Vorbildern begegnen«. Um auch eine ausdrücklich nichtreligiöse Perspektive darzustellen, wurde der Humanistische Verband Niedersachsen um einen eigenen Textbeitrag gebeten. Für *diesseits* wurde dieser Text geringfügig gekürzt und angepasst. Wir bedanken uns für die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Lutz Renken ist Verbandsreferent des Humanistischen Verbandes Niedersachsen im Regionalbüro Oldenburg.

»Es ist an uns, aufzustehen und laut zu werden«

Rede von David Driese

Am 3. Oktober 2019, dem Tag der Deutschen Einheit, waren in Berlin nicht nur Feierlichkeiten, sondern auch Demonstrationen angekündigt. Unter anderem zogen Rechtsextreme, Neonazis und Angehörige der sogenannten Reichsbürger-Szene durch Berlin-Mitte. Dem stellten sich Aktivist*innen u.a. des Bündnisses für ein weltoffenes Berlin entgegen. Einer von ihnen war **David Driese**, Vorstand des HVD Berlin-Brandenburg, der bei der Kundgebung gegen den Naziaufmarsch eine Rede hielt. Diese ist hier dokumentiert.

Foto Rede: Carsten Völzke/Bündnis für ein weltoffenes und tolerantes Berlin

David Driese

David Driese ist seit September 2018 Vorstand des Humanistischen Verbandes Berlin-Brandenburg. Der studierte Sozialpädagoge ist dem Verband seit Jahrzehnten sowohl beruflich als auch ehrenamtlich eng verbunden. Er war zuvor u.a. Mitarbeiter und stellvertretender Geschäftsführer beim Mobilen Beratungsteam Brandenburg gegen Rechtsextremismus.

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir sind viele und das ist wichtig! Ich freue mich, heute ein Teil des Protestes für ein weltoffenes und tolerantes Berlin zu sein. Mein Name ist David Driese und ich bin Vorstand im Humanistischen Verband Berlin-Brandenburg. Als Humanistinnen und Humanisten stehen wir in der Tradition der europäischen Aufklärung und damit eines kritischen Denkens. Grundlage unserer Meinungsbildung sind deshalb zuallererst Fakten. Nach der Sammlung dieser Fakten bewerten wir diese vor dem Hintergrund unseres historischen Bewusstseins und bilden uns schließlich eine Meinung. Bei einigen, die heute durch Berlin marschieren, ist dies genau anders herum.

In den täglichen Debatten in sozialen Medien oder im öffentlichen Raum nehme ich immer häufiger wahr, dass es wieder »in« ist, eine Meinung in den Raum zu stellen, die nur auf ein paar Gerüchte, Falschmeldungen und Verunglimpfungen gestützt ist. Das ist genau der Weg, auf dem sich der neue Populismus in unsere Gesellschaft frisst.

Bis vor wenigen Jahren war es kaum vorstellbar, dass es je wieder zu einem solchen Erstarken von Rassismus, Antisemitismus und Rechtspopulismus kommt. Niemand hätte sich vorstellen können, dass eine ganze Gruppe von Menschen sehenden Auges einer erkenntnisorientierten Weltsicht den Rücken kehrt.

Populismus ist kein grundsätzlich neues politisches Mittel. Unser gesamter politischer Wettstreit ist auch auf populistische Auseinandersetzungen ausgerichtet. Wir erleben in der jüngeren Vergangenheit jedoch, dass diese Töne insbesondere mit Ausgrenzung und Menschenhass kombiniert werden. Das ist das Kernproblem unserer gegenwärtigen Gesellschaft.

Vorgeführt wird uns das vor allem von alten weißen Männern wie Donald Trump, der gegen Frauen, Minderheiten und Medien hetzt und ihnen grundlegende Rechte abspricht, oder von seinem Zwilling Boris Johnson, der wider jeder politischen Vernunft einen ungeregelten Brexit durchsetzen will. Weiter geht es mit Victor Orban oder Matteo Salvini, die mit rassistischem Gestus gegen Geflüchtete oder Sinti und Roma hetzen und all jene als Schwerverbrecher*innen abstempeln, die Nothilfe leisten, Leben retten und sich für die Rechte der Hilfesuchenden und Verfolgten einsetzen.

Die Argumentation dieses neuen Populismus ist immer gleich. Sie lautet: Wir müssen an uns denken, »die Anderen« bedrohen uns. Ich frage mich dann immer: Wo bitte sind denn die Belege für diese Bedrohung? Ich suche sie entweder vergeblich oder finde krude Theorien auf sehr fragwürdigen Internetseiten, die wiederum auf andere fragwürdige Seiten verweisen.

In Deutschland wird der Populismus besonders mit Menschenhass und Rassismus gepaart. Wir sind an einem Punkt, wo es für einen Teil der hier lebenden Menschen offenbar in Ordnung ist, gegen Menschen aus anderen Ländern, mit anderen Religionen und Weltanschauungen und gegen Andersdenkende zu hetzen. Und inzwischen wird das Wort oft zur Tat, gewalttätige Angriffe gegen Menschen, die »nicht deutsch« aussehen, gegen homosexuelle Paare oder politisch Andersdenkende nehmen zu, sogar politische Morde sind wieder Realität geworden.

Und machen wir uns nichts vor: Natürlich tragen die AfD und ihre parteinahen Organisationen dazu bei. Auch wenn sie noch so oft das Gegenteil behaupten. Figuren wie Bernd Höcke, Andreas Kalbitz, Alexander Gauland, Jörg Meuthen, Alice Weidel, Beatrix von Storch arbeiten täglich am kalkulierten Tabubruch. Immer weiter verschieben sie die Debattenkultur nach rechts. Immer unverhohlener kooperieren sie mit Menschen und Organisationen aus dem rechtsradikalen Spektrum. Immer offener arbeiten sie mit Drohgebärden und Gewaltaufrufen. Die AfD arbeitet jeden Tag daran, unsere Demokratie von innen heraus zu schädigen und zu zerstören. Das ist antidemokratisch, faschistoid und menschenfeindlich. Vor allem ist es nicht bürgerlich, wenn überhaupt ist das Reichsbürger-lich.

Und ja, die Demokratie ist nicht perfekt und auch darüber müssen wir immer wieder reden. Und dennoch bietet sie die beste Möglichkeit, die Menschenrechte zu achten, den Einzelnen mit seinen Bedürfnissen und Rechten in den Mittelpunkt zu stellen. Unsere Demokratie gilt es gegen alle Formen der Infragestellung durch rechte und rechtsextreme Populisten zu verteidigen, heute mehr als noch vor einigen Jahren.

Sie sehen mich heute hier mit einem T-Shirt mit der Aufschrift: »Wer schweigt stimmt zu«. Dieser Satz stammt von Thea, der 19-jährigen Vorsitzenden der jungen Humanist*innen in Königs Wusterhausen. Sie setzt sich ehrenamtlich bei uns ein, schaut nicht weg und spricht an, wenn sie etwas stört. Sie macht mir Mut und fordert mich heraus, denn sie duckt sich nicht weg und erhebt ihre Stimme, wenn Rechtsextreme und Rechtspopulisten aus der Versenkung kommen. Nicht, weil sie links ist, sondern weil sie Demokratin und Humanistin ist.

Liebe Freundinnen und Freunde, es ist an uns, es Thea gleichzutun, aufzustehen und laut zu werden. Um es frei nach Rilke zu sagen: Wer jetzt still bleibt, wird es womöglich lange bleiben! Aber nicht, weil es nichts zu sagen gäbe, sondern weil wir uns womöglich eines Tages in einem Staat wiederfinden, in dem nicht mehr alle Menschen gleich sind und Minderheiten ausgegrenzt und diskriminiert werden. In einem Staat, in dem Mensch nicht gleich Mensch ist.

Egal, ob bei Demonstrationen, in den Kommentarspalten der sozialen Medien oder in der Kneipe nebenan – lasst uns nicht betreten schweigen. Unser Bündnis für ein weltoffenes und tolerantes Berlin ist größer! Lasst uns laut sein und den rechten Demagogen klipp und klar sagen: Ihr seid nicht das Rückgrat unserer Gesellschaft und schon gar nicht die Mehrheit!

Es ist unsere Verantwortung gegenüber den Opfern und Verfolgten des Naziregimes, unsere Verantwortung gegenüber unseren Nachbar*innen, Freund*innen und Mitmenschen und vor allem ist es unsere Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen.

Den Nazis keine Mitte! Nicht hier, nicht in Berlin, nicht in Deutschland, nirgendwo!

Vielen Dank.

Foto Rede: Carsten Völtzke/Bündnis für ein weltoffenes und tolerantes Berlin

Rückblick: Erasmus – Humanist, nicht Nationalist

Von Ralf Schöppner

Die Fachtagung der Humanistischen Akademie Berlin Brandenburg am 9. September 2019 setzte sich kritisch damit auseinander, dass die seit 2017 im deutschen Bundestag vertretene Partei »Alternative für Deutschland« im Jahr 2018 die Desiderius-Erasmus-Stiftung als ihre parteinahe Bundesstiftung anerkannt hat. Damit setzt die AfD die auch schon vorher mit Landesstiftungen praktizierte Strategie fort, sich mit dem Namen des niederländischen Renaissance-Humanisten Erasmus von Rotterdam (1466–1536) zu schmücken.

Erasmus: Gemälde von Hans Holbein/ Musée du Louvre/The Yorck Project (Foto: Public Domain)

Auf der Fachtagung der Humanistischen Akademie Berlin Brandenburg wurde daher in zwei Richtungen gefragt:

1. Nach der hier einmal mehr zum Ausdruck kommenden spezifischen Geschichtspolitik der AfD und ihrer strategischen Bezugnahme auf Elemente der europäischen Geistesgeschichte. Wie sind die eingenommenen Perspektiven auf die deutsche Geschichte einerseits und die christliche Ethik andererseits zu bewerten? Sind diese historischen und konzeptuellen Bezugnahmen sachlich fundiert oder instrumentell, selektiv und gar tendenziös?

2. Nach Person, Werk und Wirken des Erasmus von Rotterdam und insbesondere seines Verständnisses von Humanismus. Welche Form des Politischen und was für ein Europa schwebten ihm vor? Wie sah er das Verhältnis von Universalsprache und europäischen Nationalsprachen? In welchem gesamteuropäischen Denkkontext – Morus, Vives, Colet – steht dieser Humanismus? Gibt es »christlichen Judenhass« in seinem Werk?

Der Politikwissenschaftler **Prof. Dr. Gideon Botsch** vom Moses Mendelssohn Zentrum der Universität Potsdam stellte eingangs klar, die AfD betreibe gar keine aktive Geschichtspolitik im eigentlichen Sinne. Die Wahl von Erasmus als Namenspatron ihrer politischen Stiftung sei nicht das Ergebnis einer versierten inhaltlichen Ausrichtung, sondern eine rein taktische Wahl im Kontext allgemeiner Strategien der Überwältigung, Verblüffung, Verzahnung und Vereinnahmung; insbesondere gehe es um das Anliegen, Helden und Symbole streitig zu machen. Die damit verbundene Selektivität veranschaulichte Botsch an einem Beispiel aus dem Grundsatzprogramm der Partei: Abgesehen von der erwartbaren Verweigerung einer Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus sei auffällig, dass in der Bezugnahme auf »deutsche« Revolutionen zwar 1848 und 1989 genannt würden, nicht aber der 1918er Republikanismus. Mit Blick auf Äußerungen von Vertretern des rechtsextremen Flügels der Partei, z.B. über den »tief verankerten Humanismus im deutschen Volk«, konstatierte Botsch, dass es sich hier allenfalls um einen nationalistischen »deutschen Humanismus« handele und es der AfD in Zukunft schwerfallen werde, den Anschein einer »bürgerlichen Partei« aufrechtzuerhalten.

Das Institut für Christliche Sozialwissenschaften an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Münster sowie das Zentrum für Ethik der Medien und der digitalen Gesellschaft in München hatten im Juni 2017 der Öffentlichkeit die Vergleichsstudie »Grundpositionen der Partei ›Alternative für Deutschland‹ und der katholischen Soziallehre im Vergleich – eine sozialethische Perspektive« präsentiert. Die Studie hatte für etwas Aufregung gesorgt, weil sie zwar zeigte, dass es zwischen den Positionen der AfD und der katholischen Soziallehre massive Differenzen gibt, ohne dass sich doch bei bestimmten Themen wie z.B. »Gender« Nähe vollständig bestreiten ließe. **Dr. Maren Behrensen** von der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, eine der Autorinnen der Studie, verwies in ihrem Vortrag auf die Aufnahme von Themen durch die AfD, die auch vielen Christinnen und Christen wichtig sind, und die gerade auch von der katholischen Kirche betont werden: Familie, Lebensschutz und sogenannte »Gender-Ideologie«. Im Detail offenbarten sich dann allerdings schnell deutliche Differenzen, z. B. weil etwa die von der AfD geforderte Verschärfung des Abtreibungsrechts nicht genuin moralisch motiviert sei, sondern im Kontext einer Bevölkerungspolitik stehe, die auf mehr »deutsche« Kinder anstelle von Migration ziele. Behrensen zeigte auch, wie die Partei sich gerne in schlichten Frontstellungen positioniert und gefällt: als Vertretung »echter Christen« gegenüber der »Amtskirche«, als Garantin »humanistischer Bildung« gegenüber den Gender-Studies; als »Homonationalisten« gegen Muslime (in einer Wahlwerbung wurde ein schwules Paar für die Angst vor Muslimen instrumentalisiert). In sachlicher Hinsicht, so ein Fazit, sei weder die Bezugnahme der Partei auf humanistische Denker der frühen Neuzeit noch auf christliche Werte plausibel zu machen.

Erasmus und Europa

Im weiteren Verlauf der Tagung wurde dann, wie angekündigt der Schwerpunkt in Richtung auf das Werk von Erasmus von Rotterdam verlagert. Der Philosoph und Kulturwissenschaftler **Prof. Dr. Enno Rudolph,** Autor des in diesem Jahr erschienenen Buchs »Der Europäer Erasmus von Rotterdam. Ein Humanismus ohne Grenzen«, stellte den Gästen in seinem Vortrag gleichen Titels Erasmus als einen eminent politischen Denker vor. Erasmus sei wahrscheinlich der erste republikanische

Der Name Erasmus steht für einen moralischen und politischen Universalismus.

Denker gewesen, der die res publica konsequent auf Europa bezogen habe, mit dem Ziel eines Maximums sowohl an individueller Freiheit als auch an Gemeinwohlorientierung. Anstelle der bekannten rechtspopulistischen Rede von einem »Europa der Vaterländer« fuße dieses Denken auf der universellen Gleichheit aller Menschen, Erasmus' Humanismus sei ein kultureller Pluralismus und kein Plädoyer für nationale Monokulturen. Ausgehend von Erasmus' Verständnis von Politik als Etablierung eines dauerhaften Friedens im Inneren wie nach außen hob Rudolph insbesondere dessen Pazifismus hervor, der nicht zuletzt auch seinen Ausdruck finde in einem pädagogischen Optimismus und in Vorstellungen zu einer friedensstrategischen Bildungspolitik. Anders als Luther und auch anders als so manche politische Lautsprecher heute, sei Erasmus jemand gewesen, der stets diplomatisch für Ausgleich votiert und keineswegs polarisiert habe. Dazu gehöre seine ausgeprägte Skepsis in Bezug auf allzu geschlossene Weltanschauungen, seine Abneigung gegenüber anmaßenden und einseitigen Behauptungen sowie sein Wille, sich von keiner Doktrin und keiner parteilichen Position in Politik und Religion vereinnahmen zu lassen. Damit war natürlich eine ganze Menge zur zentralen Frage der Tagung gesagt.

Der Nachmittag stand dann zunächst im Zeichen der Erasmus-Philologie. Der Erziehungswissenschaftler Micha Brumlik hatte 2018 in der Berliner Tageszeitung *taz* nicht ohne Polemik suggeriert, womöglich sei Erasmus doch der passende Namenspatron für eine Partei wie die AfD und hatte dies mit Erasmus' vorgeblichen »Judenhass« begründet. Daran anknüpfend unterzog die Klassische Philologin und Religionshistorikerin **Dr. Hildegard Cancik-Lindemaier** sich und das Publikum dem Exerzitium einer notwendigen und differenzierten Analyse der für diesen durchaus verbreiteten Vorwurf an Erasmus zumeist herangezogenen Textpassagen. In ihrem Vortrag »Erasmus von Rotterdam und der christliche ›Judenhass‹ – ein Überblick« gelangte sie zu dem Schluss, dass von einem Judenhass im Sinne einer psychologischen Disposition bei Erasmus keine Rede sein kann. Am Text selbst demonstrierte sie subtil die Tücken einer vereinfachenden und ungenauen Erasmus-Lektüre, der auch Brumlik zum Opfer gefallen sei. Erasmus habe nicht gegen die Juden gekämpft, sondern gegen den »Judaismus« als Gesetzes- und Zeremonien-Religion. Einen »Judaismus«, den er auch im zeitgenössischen Christentum selbst fand, vor allem in den gängigen Praktiken des Mönchtums, dem Gegenbild seines Ideals eines vergeistigten Christentums. In den Gründungsschriften des Christentums ist die Absage an die »Gesetzesreligion« der Juden eingeschrieben, so Cancik-Lindemaier. Den Vorwurf des »Judaisierens«, eines Kampfbegriffs aus der Frühzeit des Christentums, habe noch die Inquisition im 16. Jahrhundert als Disziplinierungsinstrument genutzt. Im Gegensatz zu anderen Humanisten, wie etwa Reuchlin, der die »Weisheit der Hebräer« mit der »Weisheit der Griechen und Römer« verbinden wollte, sei Erasmus ein Klassizist gewesen. Er interessierte sich nicht für eine »hebräische Renaissance« und behandelte sie mit oberflächlicher Geringschätzung. Anders als Luther aber habe er nicht gegen die Juden geschrieben noch zur Gewalt gegen sie aufgerufen.

Die kontroverse Diskussion drehte sich dann um die Frage, welchen Stellenwert man diesen Unterscheidungen heute geben wolle, denn im Hinblick auf die Gesamtgeschichte von Antijudaismus und Antisemitismus sei jede Form von Relativierung unangebracht. Die Referentin hielt dagegen, dass womöglich gerade der Verzicht auf eine solche Differenzierung bei Erasmus dem Anliegen christlicher Geschichtsschreibung entgegenkomme, sich selbst und insbesondere Luther zu entlasten, indem man feststelle, dass ja alle und sogar Humanisten damals Judenhasser gewesen wären.

Der anschließende Vortrag von **Prof. Dr. Hubert Cancik,** Klassischer Philologe und Religionshistoriker, lautete: »Muttersprache – Vatersprache. Über Spannungen zwischen Universalsprache und europäischen Nationalsprachen im Werke des Erasmus«. Er arbeitete heraus, inwiefern Erasmus ein »entschiedener Kosmopolit« gewesen sei. So habe Erasmus nicht in seiner Muttersprache, dem Holländischen, geschrieben, sondern sich vornehmlich in der Universalsprache seiner Epoche, dem Latein, verständigt. Auch sei sein Leben von einer enormen Reisetätigkeit durch Europa geprägt gewesen, mit der offen ausgesprochenen Überzeugung von der Welt als gemeinsamem Vaterland aller Menschen, die ihn auch dazu bewogen habe, auf das ihm von Zwingli angebotene Züricher Bürgerrecht zu verzichten. Mit seiner »Monopolisierung von Latein« und einer gewissen »Geringschätzung von Nation und Volkssprache« habe er unter den Humanisten seiner Zeit, die sonst eher mehrsprachig waren und das neue »Nationsdenken« durchaus förderten, eine Sonderstellung eingenommen. Dennoch aber, so Cancik, begrüßte Erasmus sowohl die Übersetzung seiner Schriften in die Volkssprachen wie auch die Verbreitung der Bibel in diesen: Sie sollten für alle Volksschichten erreichbar sein, auch soziale Grenzen sollte es nicht geben. Hervorgehoben wurde im Vortrag weiter, dass Erasmus durch seine Auseinandersetzung mit antiker Moralistik und ethischer Reflexion – Übersetzungen, Erläuterungen, Verbreitung, Weiterführung – diese erst für eine europäische Leserschaft aufgeschlossen habe. Kritisch merkte Cancik an, Erasmus habe wohl nicht danach gefragt, ob seine Distanz zum Nationalen und Regionalen, die er seinem Stand der Forscher und Gelehrten zuschrieb, auch in anderen Volksschichten geteilt wird.

Der Abschlussredner der Tagung, **Prof. Dr. Frieder Otto Wolf,** Philosoph und Politikwissenschaftler, ging in dialogischer Absicht zunächst auf einige der vorher diskutierten Themen ein. In Hinblick auf die Frage nach der Unterscheidung zwischen dem Politikverständnis der AfD und demjenigen von Erasmus akzentuierte er besonders das für Erasmus zentrale Prinzip der gleichen Freiheit aller anstelle der »Freiheit für Deutsche«. Bei Erasmus sei auch keine Geschichtsphilosophie zu finden, sondern der Gedanke, dass man beispielhaft aus der Geschichte lernen könne und solle. Schon angelegt sei bei ihm auch eine gewisse Relativierung des Konzeptes von »Autorschaft«, insofern bei ihm weniger eine eigene Doktrin als vielmehr situatives Agieren im Vordergrund stünde; was sich insbesondere in seiner offensichtlichen Weigerung ausdrückte, sich zur Projektion oder Spekulation verleiten zu lassen, nur um den Eindruck von wissender Autorschaft beibehalten zu können. In seinen Ausführungen »Das europäische Viergestirn des Humanismus: Erasmus, Morus, Vives, Colet« verwies Wolf neben den vielen inhaltlichen Übereinstimmungen der Genannten vor allem darauf, dass z.B. die Beziehung von Erasmus zu den anderen Dreien philologisch allein nicht zu verstehen sei. So hätten Morus und Colet anders als Erasmus auch eine politische Rolle gehabt, womit der gesamte Kontext der »kapitalistischen Produktionsentwicklung« und der besonderen Spezifik des englischen Agrarhandels aufgerufen sei. »London ist auch für Erasmus ein zentraler Ort gewesen«, so resümierte Wolf.

Die Tagung erbrachte somit wichtige Aufschlüsse über beide eingangs aufgeworfenen Fragerichtungen und lieferte Publikum wie Vortragenden reichlich Anlass für kontroverse Debatten und anhaltendes Interesse an politischer Aufklärung und historisch genauer Analyse. Als wichtigste Antworten und Perspektiven können festgehalten werden:

- Es gibt bei der AfD keine aktive Geschichtspolitik im eigentlichen Sinne, sondern rhetorische Strategien der Überwältigung, Verblüffung, Verzahnung und Vereinnahmung.
- Der Name Erasmus steht für einen moralischen und politischen Universalismus sowie ein republikanisches Europa aller seiner Bürgerinnen und Bürger.
- Erasmus' Denken eignet sich nicht zur ideologischen Vereinnahmung durch politische und weltanschauliche Positionen, es warnt vielmehr vor solchen partikularistischen Vereinnahmungen.
- Primär sollte in einer Auseinandersetzung mit Erasmus nicht nach der notwendigen Abgrenzung zur AfD gefragt werden, sondern nach vorhandenen Aktualisierungspotenzialen für die heutige Entwicklung humaner Zukunftsperspektiven.

Die Vorträge der Tagung werden in erweiterter Form und zusammen mit den Diskussionsergebnissen im Frühjahr 2020 als Band 7 der Schriftenreihe der Humanistischen Akademie Deutschland veröffentlicht. Vorbestellungen sind möglich unter: info@humanistische-akademie-bb.de

Die Tagung wurde von der Bundeszentrale für politische Bildung und die Humanistische Akademie Deutschland unterstützt.

Foto Schöppner: Arik Platzek

Dr. phil. Ralf Schöppner ist praktischer Philosoph und Direktor der Humanistischen Akademien Deutschland und Berlin-Brandenburg.

»Es ist Zeit für den Widerstand« Kroatische Aktivistinnen im Kampf gegen die Einschränkung ihrer Rechte

Von Nada Peratovic

In Kroatien wird die Einschränkung von Menschenrechten durch neokonservative, nationalistische Kräfte und die katholische Kirche vorangetrieben. In der Vorgängerausgabe von *diesseits* (Nr. 125) beschrieb **Nada Peratovic,** wie in ihrem Land öffentliche Einrichtungen Schritt für Schritt instrumentalisiert und humanistische Prinzipien beschnitten werden. Im zweiten Teil schildert die Autorin, selbst feministische Aktivistin, den Kampf gegen die Vereinnahmung des Staates von kirchlicher Seite und gegen die Beschneidung von Frauenrechten.

Ein katholischer Priester, ein muslimischer Imam und ein jüdischer Rabbi treffen sich einen Tag vor dem Weltfrauentag, um über die Stellung der Frau in ihren Religionen zu diskutieren ...

Nein, dies ist nicht der Beginn eines Witzes, sondern die wenig lustige Beschreibung eines Podiums, das am Vorabend des Weltfrauentages, dem 7. März 2019, an der Philosophischen Fakultät in Zagreb stattfand. Bei dieser Veranstaltung versuchten also drei männliche Religionsvertreter, den Studentinnen zu erklären, wie sich Frauen als Gottes Geschöpfe zu benehmen haben. Um die Hegemonie der konservativen und kirchlichen Ideologie zu verwirklichen, versucht die katholische Kirche seit der Unabhängigkeit Kroatiens, die Repatriarchalisierung der Gesellschaft durchzusetzen und bemüht sich insbesondere, Frauenrechte zu untergraben.

Jedoch konnten feministische Organisationen und Frauen aus der Zivilgesellschaft maßgeblich dazu beitragen, die Einführung religiöser Moralvorstellungen in die Gesetzgebung des Staates zu verhindern. So sammelte die Frauenrechtsgruppe B.a.B.e.[1] im Jahr 1995 zusammen mit anderen Frauenorganisationen 20.000 Unterschriften gegen ein gesetzliches Abtreibungsverbot.

[1] B.a.B.e. steht für *»Budi aktivna, budi emancipiran«* (»Sei aktiv, sei emanzipiert«), das Akronym formt das Wort *»babe«* was als »Weiber« übersetzt werden kann.

Foto Demo: Zorana Bebić

HUMANISMUS INTERNATIONAL

»Humanismus ist ohne Feminismus unvollständig – nur zusammen bieten sie ein reales Bild unserer Gesellschaft.«

Obwohl sich Anfang der Neunziger Jahre viele Menschen in Kroatien (oft auch aus opportunen Gründen) zum Katholizismus bekannten, war das sozialistische (atheistische) Bild der emanzipierten und selbstständigen Frau noch immer präsent und viele neubekennende Katholik*innen hatten zur damaligen Zeit noch Hemmungen, einem Abtreibungsverbot vorbehaltlos zuzustimmen. Auch dies wirkte sich sicherlich auch auf den Entscheid des damaligen Gesundheitsministers aus, die Ausarbeitung eines neuen Gesetzes, welches auch den Schwangerschaftsabbruch neu regeln sollte, zu stoppen.

In den vergangenen 25 Jahren brachte der katholische Religionsunterricht kroatischen Kindern und Jugendlichen bei, welche die »gottgewollten« Geschlechterrollen seien und dass Masturbation, vorehelicher Sex, künstliche Befruchtung, Homosexualität und Schwangerschaftsabbruch in die Hölle führen würden. Da scheint es nicht verwunderlich, dass laut neuesten Umfragen die Nachkriegsgeneration Kroatiens konservativer, misogyner, homo- und xenophober ist als die Generation ihrer Eltern oder Großeltern.

Gegenwehr von säkularer Seite

Die Welle neokonservativer, religiöser Initiativen, Organisationen und Aktionen, die seit 2012 Kroatien regelrecht überschwemmt, stieß von Anfang an auf Gegenwehr aus der säkularen Zivilgesellschaft. Bei der ersten Aktion von Katholik*innen, die seit 2014 vor den Spitälern gegen Abtreibungen »beten«, verkleideten sich zum Beispiel in der Küstenstadt Rijeka zwei junge Männer als Comicfiguren und konnten mit Transparenten wie »Das Leben beginnt mit einer Erektion« oder »Durch Beten vergeuden wir unser Leben« der Aktion etwas entgegensetzen und sie sogar ins Lächerliche ziehen.

Auch marschierten katholische Aktivist*innen in ihren Märschen für das (ungeborene) Leben nicht ohne den Widerstand der Feministinnen. Beim ersten »Marsch für das Leben« im Jahr 2016 stellten sich spontan zwei junge Frauen dem Menschenzug entgegen, allerdings wurden sie sofort von der Polizei abgeführt.

2019 zeigten sich die Gegenproteste unter dem Motto »Roter Widerstand« und mit der Erklärung, Rot sei die Farbe des mit Blut erkämpften Rechtes auf Abtreibung, gleich in mehreren Städten: Am Vorabend des sogenannten Marsches für das Leben wurde ein Brunnen in Rijeka blutrot gefärbt. In der gleichen Stadt organisierten Bürger*innen schon zum zweiten Mal den Marsch für die Freiheit, insbesondere für die Freiheit und das Recht der Frauen auf verfügbaren und sicheren Schwangerschaftsabbruch. Während des »Marsches für das Leben« in Zagreb konnten zehn Frauen in weißen Nachthemden, befleckt mit roter Farbe, den Menschenzug für kurze Zeit stoppen. Auch diese Frauen wurden verhaftet, abgeführt und später zu Geldstrafen verurteilt.

Kroatische Feministinnen sind sich bewusst, dass sie nie das Äquivalent an Geld, Infrastruktur und politischer Macht besitzen werden, welches es der katholischen Kirche und deren Partnern ermöglicht, die Gesellschaft massiv zu beeinflussen. Und doch sind sie oft die einzigen, die sich öffentlich gegen die schleichende nationalistische, neokonservative Revolution stellen und auch für die Rechte anderer einstehen.

Der Kampf der Feministinnen kennt in Kroatien keine Grenzen. Feministinnen des Centre for Women War Victims (Zentrum für weibliche Kriegsopfer) haben es geschafft, für eine aus dem Irak geflüchtete Frau das Recht auf Asyl zu erkämpfen, das von den unteren Gerichtsinstanzen nicht anerkannt worden war. Dank feministischer Juristinnen hat das kroatische Verfassungsgericht eine historische Entscheidung gefällt und häusliche Gewalt als Asylgrund in Kroatien anerkannt.

Die kroatischen Feministinnen marschieren, gekleidet wie die Dienerinnen in Margaret Atwoods Buch »The Handmaid's Tale«, auf den Straßen, um die Ratifizierung der Istanbuler Konvention zu unterstützen oder über die wachsende Männergewalt gegen ihre Partnerinnen in Kroatien zu informieren. Feministinnen – zu denen auch Aktivistinnen des humanistischen Vereins »Zentrum für Zivilcourage« zählen – sind bisher die einzigen, die sich trauen, am sogenannten kroatischen »Tag des Sieges« an die kroatischen Kriegsverbrechen zu erinnern. Unter Polizeischutz halten sie jedes Jahr im August eine 30-minütige Mahnwache im Zentrum der Hauptstadt ab.

Seit 2016 bewegen junge Feministinnen der Gruppe »Faktiv« tausende Menschen dazu, den Weltfrauentag mit einem Abendmarsch zu würdigen. Hinter einem Transparent mit der Aufschrift »Es ist Zeit für den Widerstand« gaben 2017 die Marschierenden ihrem Unmut über die wachsende religiöse Vereinnahmung und zunehmende Gewalt gegen Frauen Ausdruck.

Gerade die Tatsache, dass die großen Weltreligionen nicht geschlechtergerecht konzipiert sind, bewegt Feministinnen, den religiösen Frauenbegriff in ihre Gesellschaftskritik miteinzubeziehen. Der Körper der Frau – nicht der des Mannes – ist das Schlachtfeld, welches von den Religionen vereinnahmt wird – ob es nun um deren Verstümmelung, Vergewaltigung, Verschleierung, Besitzergreifung, Bewahrung der Jungfräulichkeit, Sexualität oder Reproduktion handelt. Deshalb sollte anderseits auch in der humanistischen Religionskritik die spezifische Position des weiblichen Subjekts (oder, besser gesagt, Objekts) innerhalb der mythischen und religiösen Weltanschauung und das dadurch bewirkte Leid von Millionen von Frauen weltweit besonders hervorgehoben werden.

Humanismus ist ohne Feminismus unvollständig – nur zusammen bieten sie ein reales Bild unserer Gesellschaft. Nur wenn wir konkret die Missstände und die Machtstrukturen benennen, können wir uns ihrer Aufhebung widmen und den Frauen die Befreiung von religiösen und kulturellen Zwängen als eine echte, humanistisch-feministische, menschenwürdige Alternative anbieten.

Nada Peratovic ist Gründerin und Präsidentin des humanistisch-feministischen Vereins »Zentrum für Zivilcourage« in Kroatien und Autorin des Buches »Humanismus für Kinder«. Aktuell schreibt sie an dem Bilderbuch »Der gute Mensch – Humanismus für Kleinkinder«.

Foto Demo: Zorana Bebić; Foto Peratovic: Privat

Michael Unterguggenberger **Der Freidenker, der ein Wunder bewirkte**

Von Michael Schmidt

Als Bürgermeister der kleinen Tiroler Gemeinde Wörgl bewirkt der Sozialist und Freidenker Michael Unterguggenberger während der Weltwirtschaftskrise ein durch und durch weltliches Wunder. Er überzeugt seinen Gemeinderat, ein finanztechnisches Experiment zu starten, mit dem es gelingt, die Auswirkungen der Krise auf Wörgl einzudämmen.

Foto Unterguggenberger: Unterguggenberger Institut Wörgl

Dass einmal Journalisten aus aller Welt vor seinem Büro Schlange stehen und etliche Amtskollegen um seinen Rat bitten würden, war Michael Unterguggenberger nicht in die Wiege gelegt. Im Jahr 1884 geboren, muss er mit nur zwölf Jahren die Schule abbrechen, um als Hilfsarbeiter im Sägewerk zum Unterhalt seiner Familie beizutragen. Nach drei Jahren hat er etwas gespart und kann es sich leisten, eine Mechanikerlehre zu beginnen. Ausgelernt geht er als Handwerksbursche auf Wanderschaft, kommt mit der Gewerkschaftsbewegung und der Sozialdemokratie in Kontakt, der er sich 1904 anschließt. Wie viele Sozialisten seiner Zeit treibt ihn ein enormer Bildungshunger an. Er ist auf der Suche nach Konzepten, um die Welt gerechter zu machen. Ab 1905 arbeitet er bei der österreichischen Bundesbahn als Lokführer. In seiner freien Zeit liest er viel und eignet sich ökonomisches Wissen an.

Während des 1. Weltkriegs fällt ihm zufällig eine Schrift des Ökonomen Silvio Gesell in die Hände. Gesell macht die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus daran fest, dass das Geld nicht mehr nur als Tauschmittel diene, sondern durch Zinsen und die damit verbundene Wertsteigerung ein Eigenleben entwickelt habe, das immer wieder zu Störungen in der Realwirtschaft führt. Er plädiert für die Abschaffung von Zinsen und die Einführung von Strafzinsen, sodass das Geld wie alle anderen Waren auch mit der Zeit an Wert verliert. Damit würden die Besitzer von Geld gezwungen, es schnell wieder auszugeben und die Wirtschaft bliebe in gleichmäßigem Schwung. Diese Theorie heißt Freiwirtschaftslehre.

Im Dezember 1931 wird Michael Unterguggenberger, der seit 1919 dem Gemeinderat angehört, Bürgermeister von Wörgl. Die Lage des kleinen Städtchens mit 4.200 Einwohnern ist desolat. Im Zuge der Weltwirtschaftskrise ist das örtliche Wirtschaftsleben fast zusammengebrochen, die Arbeitslosigkeit liegt bei knapp 25 Prozent, sinkenden Steuereinnahmen stehen wachsende Ausgaben für Sozialfürsorge entgegen. Die offizielle Politik versucht der Krise durch Sparmaßnahmen Herr zu werden, verschlimmert die Situation damit aber weiter. Michael Unterguggenberger ist überzeugt, dass Sparen der falsche Weg ist.

Er schreibt: »Ich schränke mich ein und gehe barfuß (hilft das dem Schuster?). Ich schränke mich ein und reise nicht (hilft das der Bundesbahn?). Ich schränke mich ein und esse keine Butter (hilft das dem Bauern?).« Entsprechend will er die Wirtschaft ankurbeln und die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes erhöhen. Er greift auf die Freiwirtschaftslehre von Silvio Gesell zurück. »Langsamer Geldumlauf ist die Hauptursache der bestehenden Wirtschaftslähmung. Jede Geldstauung bewirkt Warenstauung und Arbeitslosigkeit. Das träge umlaufende Geld der Nationalbank muss im Bereich der Gemeinde Wörgl durch ein Umlaufsmittel ersetzt werden, welches seiner Bestimmung als Tauschmittel besser nachkommen wird als das übliche Geld.«

»Ich schränke mich ein und gehe barfuß (hilft das dem Schuster?). Ich schränke mich ein und reise nicht (hilft das der Bundesbahn?). Ich schränke mich ein und esse keine Butter (hilft das dem Bauern?).«

Wenn es gelingt, die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes zu erhöhen, kann mit relativ geringen Mitteln viel erreicht werden. Da die Ausgabe von Geld der Nationalbank vorbehalten ist, soll die Gemeinde stattdessen »Arbeitswertscheine« ausgeben, die eins zu eins an die österreichische Währung, den Schilling, gekoppelt sind. Diese Scheine verlieren nach einem Monat ein Prozent an Wert und müssen dann durch den Kauf von Wertmarken wieder auf den Nennwert gebracht werden. Der Umlauf der Arbeitswertscheine, nach Silvio Gesells Theorie auch Freigeld genannt, ist durch die gleiche Menge an realem Geld gedeckt, das die Gemeinde bei der örtlichen Raiffeisenkasse deponiert. Ein Umtausch ist zu einer Gebühr von zwei Prozent jederzeit möglich.

Nun galt es, den Gemeinderat und die örtliche Wirtschaft von dieser Idee zu überzeugen. Hier geschieht nun das erste Wunder. Unterguggenberger hält nichts von parteipolitischen Dogmen. Sein Handeln ist pragmatisch und daran orientiert, den Menschen Nutzen zu bringen. Er selbst ist bescheiden, es ist ihm nicht wichtig, im Rampenlicht zu stehen.

Der Freidenker soll nicht in geweihter Erde ruhen, nur die Ecke für die Selbstmörder bietet der Pfarrer der Witwe an.

Mit seiner Menschlichkeit und Überzeugungskraft gelingt es ihm, das Freiwirtschaftsexperiment über Lager- und Parteiinteressen hinweg durchzusetzen. Der Gemeinderat beschließt den Plan von Michael Unterguggenberger im Juli 1932 einstimmig. Mit dem Pfarrer und dem Apotheker gewinnt er zwei Bürgerlich-Konservative als Treuhänder für die Aktion. Die örtliche Raiffeisenkasse verzichtet auf Gebühren für die Verwaltung und die Geschäfte und Betriebe zeigen sich bereit, das Freigeld zu akzeptieren. Die Bürger können damit auch alle Gemeindesteuern und Gebühren begleichen sowie Mieten bezahlen.

Die Gemeindeangestellten erhalten einen Teil ihres Lohns in Arbeitswertscheinen, gleichzeitig legt die Gemeinde ein Arbeitsbeschaffungsprogramm auf, dessen Teilnehmer vollständig mit Freigeld entlohnt werden. Der Erfolg ist überwältigend. Um einen Wertverlust zu vermeiden, geben die Menschen das Freigeld sofort wieder aus. Es entwickelt eine hohe Umlaufgeschwindigkeit und fließt entsprechend schnell wieder in die Gemeindekasse zurück, weil nunmehr Steuerschulden getilgt und Abgaben pünktlich bezahlt werden. Mit den Notstandsarbeiten kann die Infrastruktur des Ortes verbessert, sogar eine Brücke gebaut werden. Die Arbeitslosigkeit in Wörgl reduziert sich um 16 Prozent, während sie im gleichen Zeitraum in Österreich durchschnittlich um 19 Prozent ansteigt. Dabei bleiben die Preise stabil. Das allseits so bezeichnete »Wunder von Wörgl« nimmt seinen Lauf.

Einstellung des Experiments trotz großem Erfolg

Der offenkundige Erfolg des Experiments erregt weltweite Aufmerksamkeit, bei Journalisten, Politikern und Wissenschaftlern. Etliche Gemeinden wollen dem Beispiel folgen, jJedoch gibt es auch viele Anfeindungen. Selbst die österreichischen Sozialisten distanzieren sich von dem Experiment ihres Genossen, mit dem Argument, dass es keinerlei grundlegende Veränderungen bewirke und nicht mit der marxistischen Theorie vereinbar sei. Letztlich aber wird das Projekt von der Nationalbank und der Regierung blockiert. Beide bestehen auf dem geldpolitischen Privileg der Nationalbank und fürchten um die Geldwertstabilität. Die Gesetzeslage ist auf ihrer Seite. So scheitert im November 1933 der Einspruch der Gemeinde Wörgl gegen die erlassenen Verbotsverfügungen letztinstanzlich vor dem Verwaltungsgerichtshof. Das Experiment muss beendet werden.

Foto Notgeld und Foto Unterguggenberger: Unterguggenberger Institut Wörgl; Foto Schmidt: Arik Platzek

Auch Michael Unterguggenbergers politisches Wirken endet bald. Im Februar 1934 zerschlagen die zunehmend autoritär regierenden österreichischen Christsozialen die Organisationen der Arbeiterbewegung und setzen die sozialdemokratischen Bürgermeister ab.

Hatten die örtlichen Kirchenvertreter sich noch wohlwollend an seinem Experiment beteiligt, bestehen sie nach seinem Tod im Dezember 1936 wieder auf den weltanschaulichen Differenzen. Michael Unterguggenberger war mit seiner Frau und den Kindern im Jahr 1929 aus der Kirche ausgetreten und lässt sich feuerbestatten. Da das im streng katholischen Tirol nicht möglich ist, muss sein Sarg zu diesem Zweck nach Salzburg überführt werden, wo sich das nächste Krematorium befindet. Seine Frau will seine Urne auf dem Wörgler Friedhof bestatten lassen, was ihr der Pfarrer jedoch verweigert. Der Freidenker soll nicht in geweihter Erde ruhen, nur die Ecke für die Selbstmörder bietet er der Witwe zur Bestattung an. Erst als sich Rosa Unterguggenberger nach einem Jahr des Streits bereit erklärt, mit ihren Kindern wieder in die Kirche einzutreten, kann die Urne am Wörgler Waldfriedhof beigesetzt werden. Dort ist sein Grab noch heute zu besichtigen.

Nach einer langen Phase des Vergessens gibt es mittlerweile in Wörgl eine vielfältige Erinnerungskultur, die sich dem Andenken Michael Unterguggenbergers widmet. Eine Straße ist nach ihm benannt, es gibt ein Denkmal und ein Institut trägt seinen Namen. ●

»Glaub nichts, weil ein Weiser es gesagt hat. Glaub nichts, weil alle es glauben. Glaub nichts, weil es geschrieben steht. Glaub nichts, weil es als heilig gilt. Glaub nichts, weil ein anderer es glaubt. Glaub nur das, was du selbst als wahr erkannt hast.«

(Buddha, 563–483 v. Chr.)

»Ich fühle mich nicht zu dem Glauben verpflichtet, dass derselbe Gott, der uns mit Sinnen, Vernunft und Verstand ausgestattet hat, von uns verlangt, dieselben nicht zu benutzen.«

(Galileo Galilei, 1564-1642)

»Ich habe lieber Fragen, die nicht beantwortet werden können, als Antworten, die nicht in Frage gestellt werden können.«

(Richard Feynman, 1918–1988)

»Ethik ist wichtiger als Religion.«

(14. Dalai Lama, geb. 1941)

»Religion beruht auf Autorität, Wissenschaft auf Beobachtung und Vernunft.«

(Stephen Hawking, 1942–2018)

ZUR DEBATTE

Humanismus: **Ringen um Positionen**

Von Harro Kiendl

Sich mit Grundsatzfragen zu beschäftigen, nimmt Zeit und Muße in Anspruch. Das kann man nicht jeden Tag seines Lebens leisten. Aber gelegentliche Kursbestimmungen und gegebenenfalls auch Kurskorrekturen sind durchaus angezeigt, um ein Leben sinnvoll zu gestalten.

Humanisten wollen ihr Leben nicht einfach dadurch mit Sinn erfüllen, dass sie alten Dogmen anhängen. Sie wollen sich nicht vorschreiben lassen, wie die Welt zu sehen sei und was »man« tun und lassen solle. Vielmehr möchten sie sich auf ihren eigenen Verstand verlassen – und auf das, was sie von ihrer Umwelt sehen und hören. Kurzgefasst: Humanisten möchten sich von der Bevormundung durch Religionen befreien und zu einer religionsfreien Sicht auf die Welt sowie zu religionsfreien Regeln für moralisches Handeln gelangen.

Dies ist anstrengend, denn aufgrund unterschiedlicher Lebenserfahrungen kann man zu unterschiedlichen Wahrheiten gelangen. Deshalb wird unter dem weit gespannten Dach des Humanismus lebhaft und kontrovers um Positionen gerungen. Wer sein Leben selbstbestimmt führen möchte, begibt sich in ein schwieriges Fahrwasser!

In ihrem Bestreben, sich und die Gesellschaft von der Bevormundung durch Religionen zu befreien, können sich Humanisten auf viele namhafte Philosophen, Wissenschaftler, Dichter, Künstler und Politiker berufen. Von diesen Persönlichkeiten wurden – von der Antike bis heute – zahlreiche Zitate geprägt und überliefert. Einige Beispiele: siehe oben.

Diese Aussagen sind religionskritisch, erstrecken sich aber auch auf Empfehlungen für moralisches Handeln. Allerdings sind diese allgemein gehalten und geben deshalb auch wenig Anlass für kritische Diskussionen. Anders sieht es aus, wenn die Handlungsvorschläge konkreter werden.

Beispielweise lautet das erste der Zehn Angebote des evolutionären Humanismus von Michael Schmidt-Salomon (Alibri 2005): »Diene weder fremden noch heimischen ›Göttern‹, sondern dem großen Ideal der Ethik, das Leid in der Welt zu mindern!«

Wie lassen sich aber beim Streben danach all jene Zielkonflikte lösen, die sich aufgrund begrenzter Ressourcen unvermeidlich ergeben? Ist es somit vielleicht vordringlicher, Leid »im Durchschnitt« oder doch eher bevorzugt dort zu mindern, wo es am größten ist? Welche Entbehrungen darf man heutigen Generationen überhaupt zumuten, um die nachfolgenden vor Leid zu bewahren? Denken wir nur an den Klimawandel.

»Verhalte dich fair gegenüber deinem Nächsten und deinem Fernsten!« So lautet Schmidt-Salomons zweites Angebot. Aber ergibt sich daraus, dass erblich oder milieubedingte – also letztlich unverschuldete – Benachteiligungen weltweit durch »Transfers« auszugleichen sind? Wie kontrovers die Positionen hierzu sind, zeigen zum Beispiel die Diskussionen über Geflüchtete.

Die Crux ist hier, dass der ethische Begriff fair weit ausdeutbar ist. Auch andere für den Humanismus zentrale Begriffe – wie *Menschenwürde, Menschlichkeit, Freiheit, Verbundenheit, Gerechtigkeit* und *Mündigkeit* – können aufgrund ihrer Unschärfe Probleme bereiten.

Auch die humanistische Maxime, Handlungsregeln vor allem danach zu beurteilen, welchen Nutzen sie für die Gesellschaft haben, lässt Fragen offen. Beispielsweise kann man mit dem Argument, Lebensleistung sei zu honorieren, etwas für die ältere Generation tun. Man kann es aber auch für vordringlich ansehen, in die Zukunft zu investieren und deshalb die jüngere Generation in den Blick nehmen.

Es ist schwer abschätzbar, welche zukünftigen Gefahren heutige Entscheidungen auslösen können. Einst hat man im Interesse niedriger Fleischpreise den Weg für die Massentierhaltung freigemacht – und muss heute sehen, dass dies den Klimawandel und die Entwicklung gefährlicher resistenter Bakterien befördert hat. Vor Jahrzehnten hat man sich im Interesse niedriger Strompreise für die Nutzung der Kernenergie entschieden – und heute zeigt sich, dass man damals das Problem der Entsorgung der radioaktiven Abfälle völlig unterschätzt hat. Noch immer gibt es kein sicheres Endlager, nicht einmal einen allseits akzeptierten Standort dafür.

Aus gemachten Fehlern kann man lernen, und früher oder später tut man es meist auch. Bedeutet dies nun, dass wir Schritt für Schritt auf eine allseits akzeptierte humanistische Ethik zusteuern? Nein, diese ist nicht in Sicht. Denn da wir das Umfeld, in dem wir leben, ständig verändern, stehen wir immer wieder vor neuen Fragen. Überdies können diese ungewohnt schwierig sein, weil sie weit außerhalb des Rahmens bisher gemachter Erfahrungen liegen. So wird beispielsweise aktuell diskutiert, wie mit der Pränataldiagnostik oder der Künstlichen Intelligenz umzugehen ist.

Aus allem ergibt sich: Das Ringen um Positionen im Humanismus wird weitergehen!

Foto Kiendl: Fotostudio Annette Hauptmann

Prof. Dr. Harro Kiendl war bis 2001 Inhaber des Lehrstuhls für Elektrische Steuerung und Regelung der Universität Dortmund. Neben seiner technischen Arbeit war und ist er stets interessiert an philosophischen Diskursen.

Die Macht der Worte

Von Max Schmidt

Vor kurzem saß ich mit Freunden in meiner WG-Küche. Es war ein gemütlicher Abend mit entspannter Atmosphäre und wir plauderten über die spannendsten Ereignisse der Woche. Einer meiner Freunde regte sich sehr über seinen letzten Arbeitstag auf: Bei seiner Schicht an der Kasse eines Supermarktes wollte ein Kunde in letzter Sekunde unbedingt noch einen Großeinkauf tätigen. Zwar hatte der Laden bereits geschlossen und es war schon zehn Minuten über die Zeit, trotzdem blieb dieser letzte Kunde hartnäckig. Die anderen Angestellten konnten sich bereits auf ihren Feierabend freuen, nur mein Freund ärgerte sich über ein überquellendes Kassenband. Als er uns davon erzählte, redete er sich in Rage: »Der ist doch behindert – was bildet der sich ein?!«

Behindert« – mehrfach verwendete er diesen Ausdruck, um die Wut und das Unverständnis über den gestressten Kunden auszudrücken und verlieh seinem Frust damit Nachdruck. Ich zuckte jedes Mal etwas zusammen. Etwas in mir sträubte sich gegen das Wort. »Behindert«. Sagt man das einfach so?

Beim Sprechen spiegeln die von uns gewählten Worte unsere persönliche Gedankenwelt wider. Dieser Mechanismus ist ganz unabhängig davon, ob wir mit positiven oder negativen Gedanken an eine Situation herantreten. Beschreibe ich beispielsweise hohe Temperaturen im Sommer, gibt es dabei mindestens zwei Möglichkeiten: Ich kann von angenehm wohliger Wärme sprechen oder von unangenehm stechender Hitze. Beide Varianten spiegeln klar meine Einstellung gegenüber der Wetterlage wider.

Sprache ist jedoch keine Einbahnstraße. Auch wie man eine Situation auffasst und wahrnimmt, hängt davon ab, welche Worte zu ihrer Beschreibung verwendet werden. Geht man zum Beispiel im Wald spazieren, macht es emotional einen Unterschied, ob das nun der Düsterwald oder doch ein Kiefernforst in der Lüneburger Heide ist. Worte sind in der Lage, Gefühle und Emotionen zu beeinflussen – und zu verändern. Da die Prozesse ständig in beide Richtungen stattfinden, kann die Interaktion von Sprache und Denken als eine Art Wechselwirkung verstanden werden.

Was ist nun die Wechselwirkung in der anfangs geschilderten Situation? Das Wort »behindert« beschreibt im eigentlichen Sinne erst einmal nur die körperliche oder geistige Einschränkung eines Menschen, wurde hier aber genutzt, um eine negative Situation zu beschreiben, sogar um jemanden schlecht zu reden. Verwendet man das Wort »behindert« also zweckentfremdet in solch einem Kontext, bringt man jedes Mal eine benachteiligte Gruppe von Menschen mit etwas Schlechtem, Unerwünschtem in Verbindung. Menschen mit Behinderung, die sich in unserer Gesellschaft ohnehin Diskriminierungen ausgesetzt sehen, werden auf diese Weise weiter abgewertet.

Unser alltäglicher Sprachgebrauch enthält viele solcher diskriminierenden Ausdrücke. Nicht nur Menschen mit Einschränkungen sind dem ausgesetzt, sondern auch Personen mit Migrationshintergrund, Frauen, Personen in Armut und Drogenabhängige, um nur einige aufzuzählen. Die weitreichenden Auswirkungen dessen, wie wir uns ausdrücken, machen wir uns zumeist nicht bewusst.

Wie kann man dem entgegentreten? Vermutlich nicht durch Moralpredigten. Doch gerade im eigenen Umfeld ist viel Veränderung und Einsicht möglich. Ich für meinen Teil werde zukünftig mein eigenes Unbehagen bei solchen Ausdrucksweisen nicht auf sich beruhen lassen. Man kann auf unbewusste Diskriminierung hinweisen ohne dabei den moralischen Zeigefinger zu heben. Und natürlich gilt es immer auch die eigene Sprache zu überprüfen.

Max Schmidt ist 22 Jahre alt und studiert Politikwissenschaft an der Universität Bamberg. Der gebürtige Nürnberger engagiert sich seit seiner Jugendfeier im Jahr 2012 bei den JuHus in Bayern, seit drei Jahren auch JuHu-Bundesvorstand aktiv.

Foto Buchstaben: Michael Schwarzenberger (Pixabay License)

ohne **diesseits** *fehlt etwas*

seit 1987

diesseits gibt's jetzt auch online zum **kostenlosen** Download:

www.diesseits.de/download